

## Grüne Partei der Schweiz und Gruppierungen, die teilweise in ihr aufgegangen sind (Grünes Bündnis, POCH, SAP)

---

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	3
1989	4
1990	6
1991	9
1992	12
1993	14
1994	15
1995	16
1996	17
1997	18
1998	19
1999	21
2000	21
2001	22
2002	23
2003	24
2004	26
2005	28

### 1987

Die politischen Gruppierungen, welche die Ökologie zu ihrem wesentlichen Aktionsfeld gemacht haben, weisen einen relativ geringen Grad an organisatorischer, struktureller und personeller Konstanz auf und sind auch in ihrem Verhältnis untereinander wenig fixiert. Auf der gesamtschweizerischen Ebene traten 1987 neben den Progressiven Organisationen (POCH) und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), die sich der grünen Bewegung öffneten, die Grüne Partei (GPS), das Grüne Bündnis (GBS) und, die Grün-Alternativen Gruppierungen (GRAS) auf, letztere allerdings nur noch in der ersten Jahreshälfte. Bei allen handelt es sich um relativ heterogene Zusammenschlüsse verschiedener Kantonalparteien, deren Ausrichtung im traditionellen links-rechts-Schema sich ebenfalls in Bewegung befindet, was in diesem Jahr die von allen Seiten unternommenen Anstrengungen zur Koalitionenbildung erschwerte und teilweise verunmöglichte.

Die grösste dieser Gruppierungen ist die **Grüne Partei der Schweiz**, die bei kantonalen Wahlen in Zürich und im Tessin und bei städtischen Wahlen in Genf zum Teil sensationelle Sitzgewinne machte. Die Nationalratswahlen brachten ihr gegenüber 1983 fast eine Verdoppelung des Wähleranteils auf 5% und 9 Sitze ein. Die GPS verzichtete vor den eidgenössischen Wahlen im Herbst darauf, ein spezielles Wahlprogramm auszuarbeiten und überliess auch die Entscheidung zur Bildung von Listenverbindungen den kantonalen Sektionen. Diese entschieden sich in Bern, Basel-Stadt und im Thurgau für ein Zusammengehen mit dem LdU, in Zürich für eine Listenverbindung mit der SP, während sie in der Waadt, im Wallis, in Genf und im Tessin allein

kandidierten. Die notwendig gewordene Neuwahl eines Parteipräsidenten und die Frage einer Fraktionsgemeinschaft mit links-grünen Parteien im Nationalrat machten jedoch auch für die GPS einen Positionsbezug notwendig. Die Wahl des Thurgauers P. Schmid und die Weigerung, mit der POCH oder der PdA eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen, liess vermuten, dass sich die – vor allem in der Westschweiz dominierenden – bürgerlich gesinnten Grünen in der Partei durchsetzen konnten.

Das **Grüne Bündnis der Schweiz** (GBS), teilweise aus einer Öffnung kantonaler Sektionen der **Progressiven Organisationen der Schweiz** (POCH) hervorgegangen, trat als Zusammenschluss links-alternativer, parteiloser und der äusseren Linken (SAP, PdA) nahestehender Leute auf, wobei die Verbindungen zu der sich in Auflösung begriffenen POCH am engsten waren. Wegen des recht breiten politischen Spektrums konnten sich die unter verschiedenen Namen auftretenden Sektionen aber nur auf ein minimales gemeinsames Wahlprogramm einigen. Dieses beinhaltete neben den Forderungen zum Umweltschutz feministische Anliegen und verlangte ein solidarisches Verhalten gegenüber Ausländern und der Dritten Welt. Die POCH suchten vor den Wahlen eine Öffnung zu grünen Kräften, jedoch ohne die eigene Identität aufzugeben, indem sie sich für die Bildung einer grossen grünen Fraktion im Nationalrat aussprachen. Darüber hinaus regten sie auch an, eine parteiübergreifende Arbeitsgemeinschaft zu bilden, welche die dringendsten ökologischen Anliegen in der Energie-, Verkehrs- und Bodenpolitik hätte vorantreiben sollen. Ein am POCH-Kongress vorgelegtes programmatisches Manifest wurde hingegen weder diskutiert noch verabschiedet, sondern lediglich zur Kenntnis genommen, da die Parteimitglieder mit der Frage einer möglichen Umwandlung der POCH-Sektionen in links-grüne Parteien beschäftigt waren.

Im Kanton Luzern hatte diese Öffnung bei den **Wahlen** im Frühjahr zu beachtlichen Gewinnen geführt, so dass das GB hier sogar die SP überflügelte und seither die drittstärkste Fraktion im Parlament bildet. Das GBS und die POCH traten in Basel-Stadt, Basel-Land und in Zürich mit gemeinsamen Listen zu den Nationalratswahlen an und verteidigten beziehungsweise gewannen (BL) in diesen Kantonen je einen Sitz. Einen weiteren errang das GBS im Kanton Aargau, wo die ihm angeschlossene Grüne Liste eine Listenverbindung mit der SP eingegangen war. Im Kanton Bern verlor dagegen die POCH, die sich hier ebenfalls zu einem Grünen Bündnis geöffnet hatte, ihren Nationalratssitz. Die Weigerung des Aargauers H. Thür, mit dem Genfer PdA-Vertreter in einer Fraktion zu sitzen, der Anschluss W. Carobbios (psa, TI) an die SP-Fraktion und die oben erwähnte Absage der GPS verhinderten schliesslich auch die Bildung einer links-grünen Fraktion beziehungsweise den Anschluss der GBS-Abordnung an die Grüne Fraktion. Während das Grüne Bündnis nicht nur in Luzern, sondern auch in den Kantonen Aargau, St. Gallen und Graubünden mangels Konkurrenz durch die GPS eine recht starke Stellung erhielt, wurde die Zukunft der POCH auch innerhalb der Partei selbst pessimistisch eingeschätzt; die seit 1971 existierende Parteizeitung musste Ende des Jahres aufgegeben werden.

Für die Bildung einer einheitlichen links-grünen Bewegung plädierte die **Sozialistische Arbeiterpartei** (SAP), wandte sich jedoch gegen eine Verbindung mit der GPS, da diese soziale Fragen und antiimperialistische Anliegen aus ihrem Programm ausklammere. Stattdessen beteiligte sie sich zum Teil als **Sozialistisch-grüne Alternative** (SGA) im Grünen Bündnis. Im

Kanton Zug gelang es ihr so, knapp 8% der Wählerstimmen zu erhalten, was in diesem kleinen Kanton für ein Mandat jedoch bei weitem nicht reicht.

## 1988

Der Formierungsprozess der in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossenen grünen Gruppierungen zu Parteien sowie die damit zum Teil einhergehende Integration bzw. Selbstauflösung von Gruppierungen der ehemaligen neuen Linken brachte zwar da und dort erste Klärungen, führte aber andernorts zu neuen Unübersichtlichkeiten.

Von den beiden grossen grünen Blöcken ist die im Nationalrat in Fraktionsstärke vertretene **Grüne Partei der Schweiz (GPS)** hinsichtlich ihrer organisatorischen Konstituierung weiter fortgeschritten. 1988 wurden die Glarner Umweltgruppen (GUG) sowie die "Grünen Aargau" als neue Mitglieder aufgenommen, womit die GPS nun in zwölf Kantonen vertreten ist. Das Kritische Forum Schwyz (kfs) erhielt Beobachterstatus. Mit der Aufnahme der Aargauer trat auch deren Nationalrat H. Thür der GPS-Fraktion bei. Dieser wurde von bürgerlicher Seite eine gute Fraktionsdisziplin sowie ein eindeutiges Stimmverhalten zugunsten der Linken bescheinigt. Mit dieser möchte sie jedoch nicht gleichgesetzt werden. Weil eine rot-grüne Mehrheit keine realistische Perspektive sei, empfahl ein Strategiepapier der GP des Kantons Zürich eine Taktik der wechselnden Allianzen und in diesem Sinne auch eine vermehrte Zusammenarbeit mit dem Bürgerblock sowie eine Abgrenzung gegen links, wo dies gerechtfertigt sei. Ein Ausdruck dieser Politik war die Nein-Parole zur AHV-Initiative der POCH. Um die thematische Öffnung ihrer Politik zu demonstrieren, beschloss die GPS die Einsetzung einer sozialpolitischen Kommission. Aufsehen erregte sie im weitern mit ihrer Stellungnahme gegen den Bau einer neuen Alpenbahntransversale (NEAT), was mit der Notwendigkeit der Reduktion des gesamten Verkehrsvolumens begründet wurde. In den kantonalen **Wahlen** zählte die GPS durchwegs zu den Gewinnern, wobei sie namentlich im Kanton Thurgau ihre Präsenz massiv ausbauen konnte.

Das im Vorfeld der Nationalratswahlen 1987 als Provisorium zustandegekommene **Grüne Bündnis Schweiz (GBS)**, welches geschichtlich und personell sehr stark mit POCH und SAP verbunden ist, konstituierte sich nach einem Zwischenschritt in Form eines Symposiums schliesslich im November offiziell als pluralistischer und föderativer Zusammenschluss von kantonalen und lokalen grünen und alternativen Parteien und Bündnissen. Es will vermehrt auf nationaler Ebene als eigenständige politische Kraft auftreten und dabei auch linke Inhalte einbringen, allerdings ohne revolutionären Anspruch. Über theoretische Grundlagen sollen keine grossen Diskussionen mehr geführt, sondern vielmehr eine "neue politische Öffentlichkeit geschaffen" und eine Politik der direkt Betroffenen verfochten werden. Inhaltlich hielt sich das GBS noch an die Wahlplattform der NR-Wahlen von 1987; in den Diskussionen standen die vier Schwerpunkte Ökologie, Frauenfrage, soziale Gerechtigkeit und Solidarität der Menschen im Vordergrund. Längerfristig wird eine Einheit der grünen Bewegung anvisiert. Im Nationalrat ist das GBS nach dem Anschluss der Aargauer Grünen an die GPS noch mit einem Mitglied (S. Leutenegger Oberholzer, BL) repräsentiert. An den beiden nationalen Zusammenkünften des GBS nahmen Vertretungen aus rund zehn Kantonen teil. Die POCH Baselstadt erhielt auf eigenen Antrag Beobachterstatus. In den Kantonen Baselland und St. Gallen konstituierten sich kantonale grüne Bündnisse. Kennzeichnend für die im grünen Bereich fliessenden Konturen war der Austritt

eines Luzerner Grossrats aus der Fraktion des GB und sein vergeblicher Versuch, bei der CVP-Fraktion unterzukommen! In kantonalen **Wahlen** standen den Gewinnen in Baselstadt und St. Gallen eher überraschende Verluste in Schaffhausen gegenüber. Aufsehen erregte auch die Weigerung der Grünen Alternative Basel, sich der POCH-Fraktion im Kantonsparlament anzuschliessen.

Die **Progressiven Organisationen (POCH)** und die **Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)** waren auf nationaler Ebene, ausser bei Parolenfassungen zu Volksabstimmungen und neben der Tätigkeit der zwei POCH-Mitglieder des Nationalrats, kaum noch präsent. Kantonale POCH-Sektionen, mit unterschiedlichem Aktivitätsgrad, existierten noch in Baselstadt, Bern, Solothurn und Zürich, nachdem sich diejenigen in Baselland und Luzern 1988 auch juristisch auflösten. Nach Zentralsekretär G. Degen werden die POCH längerfristig in einer links-ökologischen Bewegung aufgehen. Zumindest in der Stadt Bern entschieden sich die POCH jedoch gegen eine Integration ins Grüne Bündnis, welches sie ursprünglich selbst initiiert hatten, und für ein weiteres Auftreten unter ihrer alten Bezeichnung. Von Bedeutung schienen bei diesem Entschluss auch Befürchtungen bezüglich eines Dominierens des GB durch die SAP zu sein. Bei kantonalen **Wahlen** traten die POCH nur noch in ihrer Hochburg Baselstadt an, wo sie jedoch gegenüber ihrem Spitzenergebnis von 1984 etwas Terrain und drei Sitze einbüssten.

## 1989

Die **Konkurrenzsituation** zwischen den beiden nationalen grünen Gruppierungen, der Grünen Partei der Schweiz (GPS) und dem Grünen Bündnis Schweiz (GBS) ist auch im Berichtsjahr erhalten geblieben. Die GPS scheint aber für viele lokale Organisationen, die sich die Frage nach dem Anschluss an eine Dachorganisation stellen, aber auch für einige Sektionen des GBS, eindeutig grössere Anziehungskraft zu besitzen als das Grüne Bündnis. An der Delegiertenversammlung der GPS im Oktober zeigten verschiedene Vertreter eine gewisse Bereitschaft, sich dem Grünen Bündnis gegenüber zu öffnen und langfristig auf einen Zusammenschluss hinzuarbeiten. Solche Absichtserklärungen blieben allerdings nicht unbestritten. Praktisch gleichzeitig legte der GPS-Sekretär Bernhard Pulver – anlässlich eines Treffens der Vorstände von GPS und GBS – ein Grundlagenpapier vor, in welchem er die GPS klar gegen grün-alternative sozialistische Organisationen abgrenzte. Er betonte in jenem Papier, dass sich die GPS als ausserhalb des links-rechts-Schemas stehend verstehe und kein Interesse an der Aufnahme von Gruppen habe, in denen Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) eine wichtige Rolle spielen.

## Grüne Partei (GPS)

Auch in diesem Jahr **schlossen sich einige lokale Parteien, Bewegungen und Gruppierungen der GPS an**. Die linksgerichtete "Grüne Alternative Basel (GAB)" trat im Juni in die GPS ein, die drei übrigen grünen Basler Gruppierungen, die eher bürgerliche "Grüne Mitte", die "Grüne Partei" und "Die Grünen" erlangten Beobachterstatus bei der GPS. Nach einem Jahr Beobachterstatus wurde Ende Oktober das Kritische Forum Schwyz (kfs) als dreizehnte Organisation vollberechtigtes Mitglied der GPS. An derselben Delegiertenversammlung erhielten das Grüne Bündnis St. Gallen sowie das Grüne Bündnis Luzern den Beobachterstatus.

An ihrer Versammlung vom 29. April in Marly (FR) entschlossen sich die Delegierten zur Unterstützung der Kleinbauerninitiative, konnten hingegen keine Entscheidung über die Parole zur **GSoA-Initiative** fällen. Zum ersten Mal spielte das in den Statuten vorgesehene "Ständemehr" der Kantonalparteien das Zünglein an der Waage. Zwar setzte sich bei den Delegierten die Ja-Parole sowohl mit 69:25 Stimmen gegen die Nein-Parole als auch mit 51:42 gegen die Stimmfreigabe durch. In der zweiten Abstimmung standen aber den fünf befürwortenden Kantonalsektionen deren sechs gegenüber, die für eine Stimmfreigabe votierten. Dieses Patt-Ergebnis hatte zur Folge, dass die GPS, im Gegensatz zum GBS, dessen Delegierte einstimmig ein Ja empfahlen, keine Parole zur Abschaffung der Armee ausgab. Einige wichtige Kantonalsektionen (u.a. Freie Liste Bern) empfahlen allerdings Zustimmung. Die nach der Volksabstimmung vorgenommene Befragung ergab, dass 78% der Sympathisanten der GPS für die Armeeabschaffungsinitiative gestimmt hatten.

An der Versammlung in Marly wurde auch eine **Statutenänderung** beschlossen, welche den Einfluss der mitgliederstarken Sektionen vergrössert: Künftig wird der Präsident von der Delegiertenversammlung gewählt und nicht mehr vom 11köpfigen Ausschuss, in dem alle Sektionen gleich stark vertreten sind. Der Thurgauer Nationalrat Peter Schmid (TG) wurde für ein weiteres Jahr in seinem Präsidentenamt bestätigt; zum neuen Vizepräsidenten wurde im Oktober der Genfer Nationalrat Rebeaud gewählt.

**In den kantonalen und kommunalen Wahlen setzte die GPS ihren Siegeszug fort.** Im Aargau und in Solothurn konnte sie die vor vier Jahren von den damals noch zum Grünen Bündnis gehörenden Gruppierungen errungenen Sitze mehr als verdoppeln. Gut schnitt die GPS auch in der Westschweiz ab. In Neuenburg hielt sie in Fraktionsstärke Einzug in die Legislative und ein von ihnen und der SP unterstützter unabhängiger Kandidat verdrängte die Freisinnigen aus der Regierung; im Kanton Genf und in der Stadt Lausanne, wo sie bereits in den Parlamenten vertreten waren, erzielten sie Wähleranteile von 12,3% resp. 13,7%.

### **Grünes Bündnis (GBS)**

Das Grüne Bündnis konnte im Berichtsjahr die **Absetzbewegung** der ihr angehörenden Gruppierungen nicht aufhalten: So bekundeten zwei links-grüne Gruppierungen aus Baselland ("Grüne BL", "Grüne Liste BL") ihre Absicht, sich der Grünen Partei anzuschliessen und die starken Grünen Bündnisse Luzern und St. Gallen (8,7% resp. 5,3% Wähleranteil bei den letzten Nationalratswahlen) erhielten bei der GPS Beobachterstatus; beide streben eine Fusion von GPS und GBS an. Immerhin konnte mit der Winterthurer Opposition (WOP) auch ein neues Mitglied in das GBS aufgenommen werden. Dieses zählte anfangs 1990 zehn kantonale Organisationen (BE, BL (2), FR, GR, LU, SG, SH, ZG, VD) und drei lokale Gruppierungen in den Kantonen Zürich (2) und Freiburg (1).

Das GBS hielt am 28. Januar seine erste ordentliche Versammlung ab. Auf organisatorischer Ebene beschlossen die Delegierten den weiteren **Aufbau nationaler Strukturen mit einem Sekretariat** und geregelter Finanzierung. Die parteipolitische Linie konnte nicht näher definiert werden, weil grundsätzliche Meinungsunterschiede zur Ausgestaltung des Parteiprogramms, zur Struktur und zum Parteicharakter existierten. Schliesslich wurde der Entscheidung über die Frage, ob

ein themenbezogenes Programm oder nur Grundsätze verabschiedet werden sollen, dem Vorstand überlassen.

Bei den **kantonalen Wahlen** des Berichtsjahres trat das GBS nirgends an, nachdem sich die früher zu ihm gehörenden Gruppierungen im Aargau und in Solothurn auf die Seite der Grünen Partei geschlagen hatten.

### **Progressive Organisationen (POCH)**

Die POCH waren **auf eidgenössischer Ebene praktisch nur noch im Nationalrat** präsent, nachdem sich in den beiden Vorjahren ihre Sektionen oder zumindest ein Teil ihrer Mitglieder vielerorts in die Grünen Bündnisse integriert hatten. Auf Anfang Juni löste sich die POCH-Sektion Winterthur auf. Die Haltung der Stadtzürcher Sektion gegenüber dem Grünen Bündnis war eher abwartend. Die POCH-Sektion Basel war die einzige, welche ihre Eigenständigkeit ungebrochen weiterführen wollte und konnte. Ihre Vertreterin im Nationalrat, Anita Fetz, legte nach knapp fünfjähriger Amtszeit ihr Mandat auf Ende Jahr nieder; als Ersatz rückte der 33jährige Biologe und Grossrat Thomas Baerlocher nach. Damit ist die POCH Basel zum ersten Mal nicht mehr durch eine Frau im Bundeshaus vertreten.

Einige Vertreter der Stadtzürcher POCH veröffentlichten als Diskussionsplattform ein Manifest für einen "**Neuen Gesellschaftsvertrag**". Darin wird die gesellschaftliche Realität nicht mehr als eine polarisierte Welt von grundsätzlich unterschiedlichen Interessen verstanden. Die Herrschaft und Machtausübung wird gemäss diesem Entwurf vielmehr diffus durch das System und den gesamten Gesellschaftskörper ausgeübt. Die Autoren zogen daraus den Schluss, dass nur eine Politik der je nach Themen wechselnden Mehrheiten und Koalitionen befriedigende Lösungen für unsere Gesellschaft bringen könne.

### **Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)**

Die SAP verurteilte dieses Konzept als Konsenspolitik mit dem Bürgertum. Ihrer Auffassung nach stellt das **Bürgertum nach wie vor eine durch klare ökonomische Interessen bestimmte Klasse** dar, die bei aller inneren Differenzierung in entscheidenden Fragen als geschlossener Block auftrete. Die SAP selbst hat als Organisation ebenfalls nur wenig Aktivitäten auf nationalem Niveau entwickelt; vielerorts ist sie jedoch die dominierende Gruppe in den Organisationen, welche zum Grünen Bündnis gehören.

## **1990**

Die beiden nationalen grünen Gruppierungen, die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und das Grüne Bündnis Schweiz (GBS) klärten das Terrain für die Aufnahme von **Fusionsverhandlungen** ab. Nachdem im Dezember 1989 der GPS-Ausschuss auf einen Fusionswunsch des GBS eingegangen war, präsentierte das Grüne Bündnis die Rahmenbedingungen, unter denen es sich eine Fusion vorstellen könnte. Formelle Kriterien wie z.B. ein neuer Name der fusionierten Gruppen sowie inhaltliche Problemkreise – die Verteidigungs- und Sozialpolitik, die Frauenfrage und die Frage nach dem Stellenwert der Parlamentsarbeit – sollten gemeinsam diskutiert werden.

Allerdings liessen aber bald darauf beide Parteien verlauten, die Basis für eine Fusion sei zur Zeit nicht vorhanden. Innerhalb des Grünen Bündnisses äusserten vor allem die Sozialistisch-Grüne Alternative Zug (SGA) und die Winterthurer Opposition (WOP) Zweifel an Sinn und Machbarkeit einer Fusion.

## Grüne Partei (GPS)

An der Delegiertenversammlung in Lenzburg nahm die GPS das **Grüne Bündnis Luzern** definitiv auf. Ausserdem erhielten die "Grünen Solothurn" und das von der Kantonalsektion abgespaltene "Movimento dei Verdi Ticinesi (MVT)" den Beobachterstatus; diesen hatte auch die Gruppierung "Grüne Baselland", hervorgegangen aus der POCH, im April an der Delegiertenversammlung in Bern erhalten.

Der **Tessiner Sektion** "Movimento ecologista ticinese (MET)" wurde mit dem Ausschluss aus der GPS gedroht, falls sie weiterhin mit der im letzten Jahr gegründeten Bewegung "Svolta ecopolitica (SVEPO)", bei welcher der ehemalige NA-Nationalrat Oehen eine wichtige Rolle spielt, zusammenarbeite. Nach der Konstituierung der MVT ist die SVEPO die zweite Abspaltung, welche aus dem MET hervorging.

In **Baselstadt** scheiterten Fusionsverhandlungen zwischen der GP Baselstadt – ihrerseits schon das Produkt einer Fusion mit der radikalen "Grünen Alternative Basel (GAB)" – und der grün-liberalen Gruppierung "Grüne Mitte (GM)" vorerst. Letztere bildet im Grossen Rat eine Fraktionsgemeinschaft mit dem LdU. Die GPS hatte eine Aufnahme der beiden grünen Organisationen an die Bedingung einer Fusion geknüpft. Dabei spielte für die GPS-Leitung die Überlegung eine Rolle, den Platz für eine zweite Partei in Basel für die "Progressiven Organisationen Basel-Stadt (POB)", welche ebenfalls Gespräche mit der GPS suchten, freizuhalten.

Die GPS umfasste am Ende des Jahres folgende **Kantonalparteien**: Grüne Aargau, Freie Liste Bern, Grüne Partei Bern, Grüne Partei Baselland, Parti écologiste fribourgeois, Parti écologiste genevois, Glarner Umweltgruppen (GUG), Grünes Bündnis Luzern, Ecologie et Liberté (NE), Kritisches Forum Schwyz, Grüne Partei des Kantons Thurgau, Movimento Ecologista Ticinese, Groupement pour la protection de l'environnement GPE (VD), Grüne Partei des Kantons Zürich. Diese vierzehn Parteien zählen insgesamt über 5000 Mitglieder. Den Beobachterstatus bei der GPS hatten folgende Gruppierungen: Grüne Baselland, Grüne Partei Baselstadt (GP/GAB), Grüne Mitte (BS), Die Grünen Basel-Stadt, Grünes Bündnis des Kantons St. Gallen, Grüne Kanton Solothurn, Movimento dei Verdi Ticinesi, Parti écologiste valaisan/Walliser Grüne Partei.

An der Delegiertenversammlung in Lenzburg (AG) wurde Nationalrätin Irène Gardiol (VD) als Nachfolgerin von Peter Schmid (TG) zur **Parteipräsidentin** gewählt. Gardiol hatte vorher die Fédération romande des consommatrices (FRC) präsiert und war anfangs Jahr für den in die Lausanner Stadtregierung gewählten Brélaz in den Nationalrat nachgerückt. Sowohl Partei- als auch Fraktionspräsidium (Rosmarie Bär, BE) befinden sich damit in weiblichen Händen.

In der Sachpolitik setzte die GPS im Berichtsjahr mit ihrer Forderung nach einem **staatlich garantierten Mindesteinkommen (GME)** einen Akzent. Gemäss dem Thesenpapier der GPS soll dieses seit einiger Zeit von neoliberalen Ökonomen vertretene Modell die bestehenden Sozialwerke teilweise ersetzen und vor allem jenen zugute kommen, die keine Lohnarbeit verrichten oder wegen reduzierter Erwerbstätigkeit (z.B. infolge von Erziehungsaufgaben) das Existenzminimum nicht erreichen. Das Mindesteinkommen soll nicht mehr über Lohnprozente, sondern über eine Besteuerung der gesamten Wirtschaftskraft finanziert werden. Zudem sollte das Obligatorium der beruflichen Vorsorge (BVG) abgeschafft und die AHV gestärkt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Stellungnahme zur Rolle der Schweiz im **europäischen Integrationsprozess**. An der Delegiertenversammlung in Bern wurde in der Diskussion mehrheitlich gegen die als umweltschutzfeindlich und zentralistisch kritisierte Politik der EG votiert, ohne dass dazu allerdings ein formeller Beschluss gefasst wurde. In einer Resolution sprachen sich die Delegierten für ein Europa der Regionen als implizites Gegenmodell zur EG aus. Darin müssten die kulturelle Vielfalt, die Selbstbestimmung und die demokratischen Rechte erhalten und gefördert werden. Dabei sei das Prinzip der internationalen Solidarität zwischen der weltweiten Völkergemeinschaft zu achten und ein weitsichtiges Handeln anzustreben, welches nicht auf kurzfristige wirtschaftliche Vorteile ausgerichtet ist.

Die GPS empfahl die Ja-Parolen zu den Strassenbauinitiativen und zu allen Energievorlagen; die Revision des Strassenverkehrsgesetzes, der Rebbaubeschluss und die Revision der Bundesrechtspflege lehnte sie hingegen ab.

Bei allen **kantonalen und kommunalen Wahlen** zu denen sie antrat, konnte die GPS kräftig Sitze zulegen, ausser in Bern, wo sie sitzmässig stagnierte, jedoch Wähleranteile gewann.

### **Grünes Bündnis (GB)**

Innerhalb des Grünen Bündnisses wurden die Bestrebungen in Richtung einer Fusion mit der GPS stärker spürbar, da die **Absetzbewegungen** der Sektionen von St. Gallen, Luzern und Baselland, die den Beobachterstatus bei der GPS erworben haben resp. als Mitglied aufgenommen worden sind, Substanz kosteten. Das GBS zeigte auch Bereitschaft, im Falle eines Scheiterns der Fusion im Rahmen einer "grünen Koordination" regelmässig mit der GPS zusammenzukommen, um Themen und Aktivitäten zu besprechen.

Im Gegensatz zu diesem Trend wurde im Kanton **Aargau** der Versuch gemacht, unabhängig von der Kantonalsektion der GPS, Grüne Aargau, einen dem Grünen Bündnis nahestehenden Zusammenschluss zu schaffen. Sieben grüne und alternative Gruppierungen (Grüne Brugg, grüne Listen Zurzach und Baden, Wettigrün, Eichlebutzer Würenlingen, SAP und Ofra) gründeten die **Grüne Liste** als kantonale Koordination neu; eine solche war schon 1987 im Hinblick auf die Nationalratswahlen gebildet worden.

Auf Parlamentsebene trat die einzige Nationalrätin des Grünen Bündnisses, Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) in die Fraktion der Grünen Partei ein.



Die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen deckten sich mit denjenigen der GPS.

### **Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)**

Die SAP ist im Berichtsjahr praktisch nur noch als Gruppierung innerhalb der Organisationen, welche zum Grünen Bündnis gehören, aktiv gewesen. Die Sektion Zürich hat sich als Partei aufgelöst, wird aber unter der Bezeichnung "Bresche Forum Zürich" als organisierte Strömung weiterexistieren.

### **Progressive Organisationen (POCH)**

Der Auflösungsprozess der POCH ging auch im Berichtsjahr weiter. Die POCH-Sektion **Bern** schloss sich mit der Grünen Partei/Demokratische Alternative (GP/DA) zur Grünen Partei Bern zusammen, nachdem sie schon bei den Grossratswahlen im Frühling eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten. Die neue Partei ist wie die alte GP/DA-Formation eine Kantonalpartei der GPS. In **Zürich** hat sich die POCH im August aufgelöst; ihre zwei Abgeordneten im Stadtparlament hatten sich im Frühjahr bereits auf der "Alternativen Liste/Züri 90" und nicht mehr auf einer eigenen Liste wählen lassen. Ein Teil der Parteimitglieder bekundete die Absicht, früher oder später in die GPS einzutreten. Der Zürcher POCH-Nationalrat Herczog wurde gegen Jahresende in die SP-Fraktion aufgenommen.

Damit ist die **POCH Basel (POB)**, welche zwölf Grossräte stellt, die einzige noch funktionierende Sektion. Doch auch sie suchte Gespräche mit der GPS über eine nähere Zusammenarbeit. Ein Hintergedanke dieser Bestrebungen mag darin gelegen haben, ihrem Nationalrat Baerlocher (BS) den Eintritt in die GPS-Fraktion zu erleichtern, welcher von dieser vorerst abgelehnt worden war.

## **1991**

Anders als im Wahljahr 1987 präsentierte sich die **Grüne Partei** vor den Nationalratswahlen 1991 als eine vielfältig kompetente Partei, die über ihr Image einer Einthemenpartei hinausgekommen ist. Fragen der Fiskalpolitik, der Gleichberechtigung der Geschlechter – ein umstrittenes Grundsatzpapier dazu wurde am Parteitag in Rapperswil (SG) nach den Wahlen verabschiedet –, Neue Armut, Sicherheits- und Europapolitik gehörten ebenso zum Inventar der Wahlkampfthemen wie die Umweltpolitik. Im übrigen hat sich die Partei seit den letzten eidgenössischen Wahlen in politischer Hinsicht durch die Integration von Teilen der ehemaligen Grünen Bündnisse von einer eher bürgerlich-grünen zu einer eher links-grünen Organisation gewandelt; der Frauenanteil ist mit über 45% der Mitglieder der höchste von allen Parteien überhaupt und sowohl Partei- als auch Fraktionspräsidium wurden im Berichtsjahr von Frauen gehalten. Gemäss der VOX-Analyse war die GP bei den Nationalratswahlen die einzige nationale Partei mit einer weiblichen Mehrheit in der Wählerschaft.

Die Delegiertenversammlung in Lausanne vom 4. Mai beschloss, die **Tessiner Sektion** "Movimento Ecologista Ticinese" (MET) **aus der Partei auszuschliessen**, weil sie sich weigerte, die Trennung vom ehemaligen NA-Nationalrat Oehen, zu vollziehen. Neu in die nationale Organisation aufgenommen wurden hingegen die Grüne Partei Basel-Stadt sowie das Grüne

Bündnis St. Gallen. Im neuen Parteiprogramm, welches die Delegierten verabschiedeten, wurde der bisherige Kurs der Grünen vertieft, Bereiche wie Gleichberechtigung, Wirtschaft und Finanzen, Sicherheits- und Sozialpolitik als Schwerpunkte gesetzt, die auch zu Wahlkampfthemen wurden.

Im Kanton **Jura** wurde das "Mouvement écologiste jurassien" (MEJ) gegründet, welches den Beobachterstatus in der GPS erhielt, für die eidgenössischen Wahlen jedoch nicht kandidierte. In **Basel-Stadt** stiess die eher bürgerlich orientierte "Grüne Mitte" zum Fusionsprodukt "Grüne Partei Basel-Stadt / Grüne Alternative Basel", während sich im **Baselbiet** die drei bestehenden grünen Organisationen, "Grüne Partei Baselland", "Grüne Baselland" und "Grüne Liste Baselbiet", zu einer neuen Partei mit dem Namen "Grüne Baselbiet" zusammenschlossen, welche Mitglied der GPS wurde.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** beschloss die Partei die Ja-Parole für das Stimm- und Wahlrechtsalter 18 sowie für die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Beide anderen Vorlagen, das revidierte Militärstrafgesetz und die neue Finanzordnung, lehnte die GP ab. In der Finanzpolitik schlug die GP vor, die Warenumsatzsteuer durch eine Energiesteuer zu ersetzen; nach den eidgenössischen Wahlen verabschiedete sie dazu ein Grundsatzpapier.

Die GP lehnte den sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates ab, da dieser die Bedrohungssituation bloss richtig analysiere, jedoch falsche Schlüsse daraus ziehe und in der militärischen Perspektive der **Sicherheitspolitik** verhaften bleibe. In einem eigenen sicherheitspolitischen Konzept schlug die GPS den UNO-Beitritt, eine verstärkte Teilnahme im Europarat, ein Kriegsmaterialausfuhrverbot und Beiträge der Schweiz an eine unabhängige Friedensforschung vor.

Schon im Vorfeld der Wahlkampagne zeigten Meinungsumfragen die starke Diskrepanz zwischen Parteiwählerschaft und Parteiführung in der Haltung zur **Europäischen Integration** auf. Am Kongress der Europäischen Grünen in Zürich plädierten die Delegierten aus über 20 Ländern für ein Europa der Regionen und stärkten der schweizerischen Organisation damit den Rücken. Im Wahlkampf verwendete die Partei bewusst den Begriff des europäischen Lebens- und Umweltraumes, der erhalten werden müsse, als Kontrast zum Europäischen Wirtschaftsraum.

In der Legislaturbilanz grenzte sich die Partei unter anderem deutlich von der SP ab; laut Monika Stocker (ZH) begegne die Leitung der sozialdemokratischen Partei der Frage des wirtschaftlichen Wachstums zunehmend unkritischer. Diese Abgrenzung gegen die SP verdeutlichte sich unter anderem an der Delegiertenversammlung vom 14. September in Luzern, an welcher die GPS beschloss, **gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT)**, welche als Inbegriff eines zerstörerischen Wirtschaftswachstums interpretiert wurde, das **Referendum** zu ergreifen. Es handelt sich dabei um das erste von der GPS ergriffene Referendum; Volksinitiativen hat sie noch nie lanciert. Die GP forderte auch einen **Abbruch der EWR-Verhandlungen** und kündigte Widerstand gegen ein eventuelles EG-Beitritts-gesuch an. Während der NEAT-Referendums-Entscheidung nur zu geringer Kontroverse Anlass bot, opponierten welsche Delegierte vergebens gegen die europapolitischen Standortbestimmungen.

Ein Graben zwischen Deutschschweiz und Romandie tat sich auch in der Frage einer Unterstützung des **Referendums gegen den IWF- und Weltbankbeitritt** auf. Um einen grösseren Konflikt zu vermeiden, entschied sich der Vorstand einstimmig, auf nationaler Ebene keine Stellung zu beziehen und den Entscheid den Kantonalparteien zu überlassen.

Bei den **Nationalratswahlen** übertraf die GPS ihr Minimalziel der Konsolidierung der elf Sitze um drei Mandate (neu vierzehn Sitze) und konnte ihren Wähleranteil von 4,9 auf 6,1% erhöhen. Diese Gewinne waren allerdings weitgehend auf die Beitritte von Kantonalsektionen, welche 1987 zum Grünen Bündnis gehört hatten, zurückzuführen. In den Kantonen der Westschweiz ging der Wähleranteil ausser in Neuenburg überall leicht zurück, was laut Parteipräsidentin Gardiol (VD) auf die Tatsache schliessen lässt, dass die Wählerschaft in der Romandie im Gegensatz zu jener in der Deutschschweiz die fundamentalistischen Positionen der GPS bezüglich der Europäischen Integration und der NEAT nicht geschätzt hätten. Bei **Wahlen in die kantonalen Parlamente** zeigte sich eine rückläufige Bewegung in allen Kantonen ausser Freiburg, wo neu vier Grüne Abgeordnete Einsitz fanden.

### **Progressive Organisationen (POCH) und Grünes Bündnis (GB)**

Die einzige überlebende Sektion der POCH war jene von Basel-Stadt; alle anderen haben sich aufgelöst oder sind in anderen Parteiformationen der grünen oder links-alternativen Kräfte aufgegangen. Einige POCH-Politiker – als Prominentester Nationalrat Herczog (ZH) – waren in die SP eingetreten und vermochten damit ihren Parlamentssitz zu behaupten.

Die lokalen, links-alternativen Organisationen, welche ehemals unter der Bezeichnung Grünes Bündnis (GB)/Alternative socialiste verte (ASV) eine Wahlplattform gefunden hatten, blieben in den Kantonen Zürich (Alternative Liste, Frauen macht Politik), Zug (Sozialistisch-Grüne Alternative Zug), Waadt (Alternative socialiste verte-Les verts alternatifs), Graubünden (Autunna verde), Schaffhausen (Grünes Bündnis Schaffhausen) und Bern (Grünes Bündnis Bern) bestehen. Sie schlossen sich im Berichtsjahr mit der "POB-Grüne Baselstadt" zur **Wahlplattform "Die Andere Schweiz" (DACH)** zusammen; die Programme der beteiligten Gruppierungen setzten je nach Kanton unterschiedliche Akzente, plädierten aber alle für die Abschaffung der Armee, gerechte Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt, eine weniger restriktive Asylpolitik und gegen den Beitritt zu Währungsfonds und Weltbank.

### **Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)**

Nachdem die SAP im Jahre 1989 auf nationaler Ebene aufgelöst worden war, blieb sie vor allem als lokale Organisation in der Westschweiz (PSO) und im Tessin (PSL) unter gleichem Namen bestehen; die Tessiner Organisation näherte sich der PSU an, in der sie den Beobachterstatus hat. In der Deutschschweiz blieb eine Basler Sektion bestehen, wichtiger wurde jedoch das Bresche-Forum Zürich, welches weiterhin das – inzwischen seit 20 Jahren erscheinende – Informationsmagazin "Bresche" herausgab.

## 1992

### Grüne Partei (GP)

Als Nachfolgerin von Nationalrätin Irène Gardiol (VD) wurde ihre Ratskollegin Verena Diener (ZH) einstimmig zur **neuen Parteipräsidentin** gewählt. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin vertritt sie eine zurückhaltende Position bezüglich der Integrationspolitik.

Die Mitgliederversammlung der Gruppe "Demokratisches Nidwalden" (DN) lehnte den Beobachterstatus bei der GP mit 23 zu 3 ab.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Volksinitiative für eine vernünftige Drogenpolitik und einer parlamentarischen Initiative der grünen Fraktion, welche mittels einer Revision des Betäubungsmittelgesetzes eine differenzierte Legalisierung des Drogenkonsums beabsichtigt, stellte die GPS ihre **Vorschläge für eine humane Drogenpolitik** vor. Ausgehend vom geltenden Gesetz will sie eine breit angelegte und medizinisch kontrollierte Drogenabgabe an Süchtige fördern. In einer zweiten Stufe sollen durch eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes Konsum und Handel von weichen Drogen legalisiert sowie Erwerb und Besitz von harten Drogen freigegeben werden. Langfristig soll der Bund die Einfuhr, Herstellung und den Verkauf von Betäubungsmitteln übernehmen, um dem illegalen Markt den Boden zu entziehen.

In einem Grundsatzpapier zur **Europapolitik**, welches zwar hauptsächlich von Nationalrat Rebeaud (GE) erarbeitet, jedoch von der Parteileitung gutgeheissen worden war, zeigte sich die GP weiterhin kritisch gegenüber einem EWR- oder EG-Beitritt, ohne die eine oder andere Form der Integration jedoch von vornherein auszuschliessen. Die Partei forderte, die schon bestehenden institutionellen Verbindungen wie den Europarat vermehrt als Instrument der Zusammenarbeit zu benützen. Sie begrüßte unter anderem auch diejenigen Harmonisierungsbestrebungen im arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Bereich, die auf die Abschaffung des Saisonierstatuts und auf schärfere Vorschriften gegen die Kartellbildung abzielten. Die grüne Fraktion beurteilte den **EWR-Vertrag** jedoch **als die schlechteste Integrationsvariante** für die Schweiz, weil er nicht nur zur Übernahme eines grossen Teils des sogenannten Acquis communautaire zwingt, sondern weil der Nachvollzug der weiteren EG-Rechtsetzung ohne Mitbestimmung der Schweiz erfolge. Um sich klar von der Propaganda der rechtsbürgerlichen EWR-Gegner zu distanzieren und die ökologisch-sozialen Argumente in den Abstimmungskampf zu bringen, gründeten grüne, linke und LdU-Parlamentarier ein eigenes gegnerisches Komitee.

Am Parteitag in Basel kristallisierte sich die schon zuvor zutage getretene Spaltung unter den Grünen klar heraus: In der Debatte sprach sich kein einziger Vertreter der Romandie gegen den EWR aus und nur zwei Deutschschweizer für den Vertrag. Über die vom Parteivorstand unterbreiteten Positionspapiere, welche unter anderem eine vorsichtige Öffnung und mittelfristig eine gewisse Bereitschaft für Beitrittsverhandlungen in Betracht zogen, stimmten die Delegierten nicht ab. Bei der Parolenfassung entschied die DV **mit 82 zu 30 Stimmen, den Vertrag abzulehnen**; nur vier Romands stimmten gegen und nur neun Deutschschweizer für den EWR. Die Kantonalsektionen Freiburg, Waadt, Neuenburg und Genf empfahlen trotzdem die Zustimmung zum EWR-Vertrag, jene von Basel-Land und Jura beschlossen Stimmfreigabe.

Nach der Ablehnung des EWR-Beitritts durch Volk und Stände distanzierte sich die GP vom rechtspopulistischen Lager der EWR-Gegner und **forderte den Bundesrat auf, Beitrittsverhandlungen mit der EG aufzunehmen**, was von vielen Beobachtern als Slalompolitik bezeichnet wurde. Ohne mit der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik der EG einverstanden zu sein, glaubte die Spitze der Grünen Partei dennoch, der einzige Weg für die Schweiz bestehe längerfristig in der Form einer Vollmitgliedschaft. Leitplanken bei den Beitrittsverhandlungen sollten die schweizerischen Eigenheiten bezüglich des politischen Systems (direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität), aber auch ökologische und soziale Mindestanforderungen sowie die Sonderstellung der Landwirtschaft bilden. Aussenpolitisch verlangte die GP allgemein ein verstärktes Engagement der Schweiz, das sich in der Form eines UNO-Beitritts und der Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta äussern sollte.

Bei der **eidgenössischen Abstimmung über den IWF-Beitritt** konnte die klare Spaltung innerhalb der GP zwischen beitriftswilligen Romands und ablehnenden Deutschschweizern, für welche die Bretton-Woods-Institutionen primär ein Mittel zur Ausbeutung der Entwicklungsländer darstellen, nicht überwunden werden; die Gegner der Vorlage setzten sich in der DV mit 72 zu 31 Stimmen durch. Auch die NEAT wurde von der GP abgelehnt, weil sie in ihren Augen – genauso wie der Transit-Vertrag mit der EG – die Wirtschaftsphilosophie der EG, welche im wesentlichen auf ein Wirtschaftswachstum mit verheerenden Konsequenzen für die Umwelt ausgerichtet sei, widerspiegeln.

Bei kantonalen und kommunalen **Wahlen** erlitt die GP nach mehreren Jahren stetigen Wachstums erste Rückschläge durch einen resp. zwei Mandatsverluste in den Kantonen Thurgau und Schwyz sowie in der Stadt Bern. In Basel-Stadt gewann die schwach verankerte GP einen Sitz zu ihren zwei bisherigen hinzu, wobei aber das gesamte grüne Spektrum, insbesondere die POB, massive Verluste hinnehmen musste.

### **Grünes Bündnis (GB)**

Das Grüne Bündnis war in der Frage des **EWR-Beitritts** ebenfalls gespalten. So votierte die Sektion Schaffhausen dagegen, diejenige von Bern gab keine Parole aus und die unter der Bezeichnung ASV-Fédération des Verts alternatifs vaudois in der Westschweiz übriggebliebene Gruppierung des Grünen Bündnisses unterstützte vor allem aus sozialen und arbeitsrechtlichen Gründen den EWR-Vertrag.

Einen Wahlerfolg erzielte das Grüne Bündnis in der Stadt Bern, wo es nicht nur die Zahl der Parlamentsmandate von 4 auf 6 steigern konnte, sondern auch einen **Sitz in der Exekutive** eroberte.

### **Progressive Organisationen (POCH)**

Die Basler POCH-Sektion (POB), einzige überlebende Gruppierung der Progressiven Organisationen Schweiz, solidarisierte sich in ihrer Haltung zum EWR mit den fundamentalistischen Deutschschweizer Grünen und lehnten den Vertrag ab. In Baselstadt verlor die POB bei den Parlamentswahlen über die Hälfte ihrer Mandate und ihres Wähleranteils.

## 1993

Am Jubiläumskongress zu ihrem 10jährigen Bestehen **änderte** die GP ihren **Namen** in "Grüne – Grüne Partei der Schweiz" um, mit dem sie ihre Einheit als grosse Sammelbewegung symbolisieren will. Das bisherige **Logo**, eine Sonnenblume in einem quadratischen Rahmen, wurde durch eine rahmenlose unvollständige Blume mit drei geschwungenen Linien, die an ein Auge erinnern, ersetzt. In der Bilanz ihrer bisherigen Entwicklung stellte sie fest, dass immer noch zentrifugale Kräfte in der vielfältig zusammengesetzten Partei, welche seit Mitte der 80er Jahre Zustrom seitens verschiedenster links-grün-alternativer Gruppierungen erhalten hat, bestehen. Die Verlagerung des politischen Diskurses von umweltrelevanten Themen zur Auseinandersetzung mit der Arbeitslosigkeit zwingt die Partei, eine breitere Abstützung in der Öffentlichkeit anzuvisieren, wenn sie nicht weitere Verluste bei kantonalen Wahlen in Kauf nehmen wolle. Eine Mehrheit der Delegierten befürwortete die Bestrebungen, mittels pragmatischer grüner Politik Regierungsbeteiligung anzustreben. Die Delegierten beschlossen ferner, die **Energie-Umwelt-Initiative** der verschiedenen Umweltorganisationen zu **unterstützen** und auf ihr eigenes Vorhaben zur Besteuerung der Energie vorläufig zu verzichten. Hingegen soll die Wirtschafts- und Sozialkommission der Grünen die Vorschläge für ein garantiertes Existenzminimum konkretisieren.

Im Nationalrat löste die Luzernerin Cécile Bühlmann den Aargauer Thür als **Fraktionschefin** ab.

Die GP beteiligt sich an der im Juni in Helsinki gegründeten **Föderation der Grünen Europas**, welcher bisher 23 grüne Parteien aus allen Teilen Europas angehören. Die Programmrichtlinien beinhalten die Bereiche Umweltentwicklung im allgemeinen, die gemeinsame Sicherheit und die neuen Bürgerrechte. Als erste grüne Partei Europas hat die GP im September die Programmrichtlinien und die Statuten der Föderation ratifiziert.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** sprach sich die GP mit grosser Mehrheit für die Treibstoffzollerhöhung aus; die Befürwortung der Initiative zur Abschaffung der Tierversuche war hingegen sehr umstritten. Bei der Aufhebung des Spielbankenverbots gab die Abstimmung der Kantonalsektionen mit 6 zu 6 den Ausschlag für die Stimmfreigabe. Die Grünen konnten sich auch bezüglich der von den SD lancierten Initiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag zu keiner Parole durchringen, unterstützten jedoch alle übrigen Vorlagen des Abstimmungspakets vom 26. September. Beim Systemwechsel zur Mehrwertsteuer gab die GP Stimmfreigabe heraus, den höheren Steuersatz und die übrigen Vorhaben unterstützte sie jedoch.

In allen Kantonen, in welchen die Grünen zu **Wahlen** antraten, verloren sie Mandate, am meisten in Genf und im Aargau. Auch im Stadtparlament von Lausanne mussten sie fünf Sitze abgeben. Damit schien sich die Trendwende, welche sich im Vorjahr mit ersten Rückschlägen bemerkbar gemacht hatte, zu bestätigen. In der Romandie konnte vor allem die PdA von den Verlusten der Grünen profitieren.

### Andere grüne Organisationen

Gegen Ende des Berichtsjahres wurde das ursprünglich als ausserparlamentarische Opposition gegründete **Kritische Forum Uri (kfu) aufgelöst**. Im Kantonsparlament war das kfu mit drei

Mitgliedern schon seit 1992 eine Fraktionsgemeinschaft mit der SP eingegangen. Offen blieb, ob nach der Auflösung des kfu eine Parteisektion der GP gegründet wird oder nicht.

### **Progressive Organisationen (POCH)**

Die einzige noch überlebende POCH-Sektion Basel (POB) beschloss nach knapp 25jähriger Existenz an einer ausserordentlichen Generalversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit ihre **Auflösung**. Prominente ehemalige POCH-Mitglieder sind unter anderem die Nationalräte Herzog (ZH), welcher seit Ende 1990 der SP-Fraktion angeschlossen ist, sowie die Grünen Thür (AG) und Misteli (SO).

### **1994**

In der Diskussion um eine Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) schlug die Grüne Partei vor, diese künftig über eine **Energiesteuer statt über Lohnprozente** zu sichern. Etappenweise solle innerhalb von drei bis fünf Jahren eine Energiesteuer von 40% die Lohnprozente ersetzen. Zur Entlastung niedriger Einkommen schlug sie Gutschriften bei der direkten Bundessteuer vor. In einem Wirtschaftspapier befürwortete sie ausserdem eine Reduktion der Wochenarbeitszeit, beispielsweise auf 30 Stunden, um die Arbeit – auch zwischen den Geschlechtern – neu zu verteilen. Damit nahm die GPS, wie letztes Jahr beschlossen, neben umweltpolitischen verstärkt auch soziale Themen auf, um vom Image der Ein-Themen-Partei wegzukommen.

Erstmals in ihrer Geschichte lancierte die Grüne Partei im Berichtsjahr eine eidgenössische Volksinitiative – und zwar gleich eine **Doppelinitiative**. Mit den Initiativen "für ein flexibles Rentenalter 62 für Mann und Frau" und "für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern" griff die Partei ins Tauziehen um die 10. AHV-Revision ein und will zugleich eine ökologische Steuerreform einläuten.

Die GPS beschloss nach eingehender Debatte in einer Resolution, dass ein Referendum der falsche Weg sei, um den neuen **Gatt-Vertrag** zu bekämpfen. Sie sprach sich jedoch für die Notwendigkeit einer neuen ökologischen und sozialen Gatt-Runde aus.

Später als andere Parteien präsentierte die Grüne Partei ein **Positionspapier zur "inneren Sicherheit"**. Statt mehr Repression forderte sie sozial-, drogen-, frauen- und ausländerpolitische sowie städtebauliche Massnahmen. Schwerpunkte bilden eine breite staatliche Drogenabgabe, ein besseres kulturelles und bildungspolitisches Angebot in den Agglomerationen, eine verbesserte Integration von Randgruppen sowie ein garantiertes Existenzminimum. Ausserdem forderte die Partei den Einbezug der Verkehrspolitik in die Debatte zur inneren Sicherheit.

In der Drogenpolitik sprach sich die GPS gegen eine Drogen-Prohibitions politik aus und unterstützte die "DroLeg"-Volksinitiative.

Im Kanton Baselland kam es bei den "**Grünen Baselbiet**" nach persönlichen Differenzen zur Spaltung. Unter der Führung von Nationalrätin Ruth Gonseth spaltete sich eine Minderheit unter dem neuen Namen "Freie Grüne Liste" ab, die verbleibende Parteienmehrheit nennt sich weiterhin

"Grüne Baselbiet". Das Baselbiet ist, nach Bern, nun der zweite Kanton, der zwei Gruppierungen als GPS-Mitglieder führt.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** beschloss die GPS die selben Parolen wie die SP, mit Ausnahme der SP-Initiative für eine gesunde Krankenversicherung, für welche sie Stimmfreigabe beschloss.

Bei den **kantonalen Wahlen** war die Grüne Partei mit sechs Sitzverlusten auf Parlamentsebene die eigentliche Verliererin des Berichtsjahres. Hingegen konnte sie im Kanton Waadt mit Philippe Biéler ihren zur Zeit einzigen kantonalen Exekutivsitze gewinnen. Auch in der Stadt Zürich konnten die Grünen mit Ex-Nationalrätin Monika Stocker ihren ersten Exekutivsitze erobern.

## 1995

Die Grünen wählten Nationalrat **Hanspeter Thür** (AG) zu ihrem neuen Präsidenten, nachdem sich andere Kandidatinnen wie Rosmarie Bär (BE) und Cécile Bühlmann (LU) zurückgezogen hatten. Thür löste die in den Zürcher Regierungsrat gewählte Nationalrätin Verena Diener ab, welche die Grünen seit 1992 präsidiert hatte.

Im Wahljahr 95 nahm die GP eine Kurskorrektur vor und versuchte sich neu als **Reformpartei**, und nicht mehr als Protestpartei, zu profilieren. Verschiedentlich äusserte sie Interesse an einer Mitte-Links-Koalition mit der SP und weiteren "fortschrittlichen" Kräften der Mitte, um den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft voranzutreiben. Mit der Aussage, diese Zusammensetzung sei längerfristig auch auf Bundesratsebene anzustreben, äusserten die Grünen erstmals **Regierungsambitionen**.

Auf eine Gratwanderung begaben sich die Grünen auch mit einem **europapolitischen Kurswechsel**: Die Partei, die zuvor lediglich eine vorsichtige Öffnung befürwortet hatte und den EWR ablehnte, entschied an einem Parteitag im Juli auf Antrag der Genfer Sektion, die Volksinitiative "Ja zu Europa", die sofortige EU-Beitrittsverhandlungen fordert, zu unterstützen. Die Grünen betonten, den EU-Beitrittsprozess kritisch begleiten zu wollen. Trotzdem formierte sich grundsätzliche **Opposition gegen den reformistischen Kurs** der Partei rund um den Berner Luzius Theiler und die Zürcher Sektion.

Ihre Wahlplattform stellten die Grünen unter das Schwerpunktthema **ökologische Wirtschafts- und Steuerreform**, wonach Energie statt Arbeit zu besteuern sei. Die Einführung einer Energiesteuer zur Finanzierung des Sozialbereiches, welche im 2. Teil einer Doppelinitiative angestrebt wird, verabschiedete die Partei ebenso diskussionslos wie die Forderungen nach einer wirksamen CO<sub>2</sub>-Abgabe, keinem weiteren Ausbau der Autobahnen, dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Verbot der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen. Neu wehren sich die Grünen nicht mehr gegen jegliches Wirtschaftswachstum, sondern sie fordern dessen Gestaltung mit umweltgerechten Innovationen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlug die Partei ein Bonus-Malus-System vor, gemäss welchem Arbeitgeber, die Teilzeitarbeit fördern, beispielsweise mit einer Reduktion des Arbeitslosenversicherungs-Beitrags belohnt würden. Für das neue Jahrtausend soll gemäss den Grünen die 30-Stunden-Woche zum Normalfall werden.



Die eidgenössischen Wahlen brachten den Grünen mit dem Verlust fast der Hälfte der bisherigen Nationalratssitze – was weit über dem effektiven Rückgang des Wähleranteils liegt – eine klare **Wahlniederlage**. Zuvor hatten die Grünen bei den kantonalen Wahlen acht Mandate verloren. Parteiintern wurde deshalb der Kurswechsel der Partei kritisiert, diskutiert wurde aber auch ein Zusammenschluss aller grünen Kräfte.

## 1996

Auch die Grünen nahmen nach ihren massiven Sitzverlusten bei den Wahlen 95 eine Standortbestimmung vor. Dabei plädierte Parteipräsident Hanspeter Thür für eine frechere und **provokativer** Interpretation der **Oppositionsrolle**, die mit dem eingeschlagenen Kurs von der Protest- zur Reformpartei vereinbar sei. Meinungsunterschiede zum Thema Europa blieben aber deutlich.

Im Mai kam die **Tandem-Initiative** der Grünen, nachdem sie an Finanznot zu scheitern drohte, doch noch zustande. Es handelt sich um die ersten eidgenössischen Volksbegehren, welche die Grünen realisierten. Die Doppelinitiative strebt ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau an und will die dadurch entstehenden Kosten mit einer Steuer auf nicht erneuerbare Energien auffangen.

Die Grünen verabschiedeten ein von der Luzerner Nationalrätin Cécile Bühlmann ausgearbeitetes Positionspapier zur Ausländerpolitik, in dem sie die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU und den Verzicht auf das "rassistische" Dreikreismodell forderten. Als Ersatz schlugen sie ein **Einwanderungsgesetz** vor, das den Zugang für Fremde in die Schweiz regelt und erleichtert. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes solle eine paritätische Kommission entscheiden, wieviele Personen aus Nicht-EU-Staaten aufgenommen werden sollen. Weiter forderte die Partei ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren, das einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung beinhaltet, die Abschaffung der Zwangsmassnahmen, einen zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsstatus für Frauen und eine Integrationspolitik, die den Eingewanderten gleichberechtigten Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen sichert.

An einer Delegiertenversammlung zur Verkehrspolitik im Mai lehnten die Grünen jede Lockerung der **28-Tonnen-Limite** für den Schwerverkehr als Zugeständnis in den bilateralen Verhandlungen mit der EU ab. Ein Antrag der Zürcher Sektion für eine ausdrückliche Referendumsdrohung bei einer Aufweichung der 28-Tonnen-Limite kam knapp durch. Weiter sprachen sich die Grünen dafür aus, eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe zur Finanzierung der Neat einzuführen.

Im Hinblick auf die anstehende Revision des Gesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) forderte die GPS einen **Umbau der zweiten Säule**. Sie will den Koordinationsabzug abschaffen, der die Einkommenslimite festlegt, ab der die zweite Säule obligatorisch ist, und der Personen mit kleinem Einkommen benachteiligt. Gleichzeitig soll das Steuerprivileg für die überobligatorische Altersvorsorge begrenzt werden. Die Partei schlug weiter vor, ein Prozent der Pensionsgelder künftig in einen Fonds einzuzahlen, aus dem Risikokapital für kleinere und mittlere Unternehmen bereitgestellt wird. Die Pensionskasse soll zudem neu frei wählbar sein, um es den Versicherten

zu erlauben, jene Kasse zu wählen, welche die Gelder nach sozialen und ökologischen Kriterien investiert.

Mit einer Statutenrevision schrieb die GPS für den Vorstand eine **Mindestquote beider Geschlechter** von 40% vor.

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die GPS in sechs Kantonen insgesamt drei Parlamentssitze ein. Zählt man die Sitzgewinne von grünen Gruppierungen mit GPS-Beobachterstatus hinzu, konnte sie per saldo aber 15 Mandate zulegen. Dabei fallen insbesondere die zehn Sitze von "BastA", die in Basel-Stadt erstmals antraten, ins Gewicht.

## 1997

Hanspeter Thür (AG) gab nach nur zwei Jahren im Amt seinen Rücktritt als Parteipräsident bekannt. Danach brach ein **Disput um die politische Ausrichtung der Partei** aus. Exponenten der Zürcher Kantonalpartei warfen der "Realo-Fraktion" um die nationalen Parlamentsmitglieder, zu denen auch Thür gehört, vor, die nur noch "etwas neoliberalere und konservativere Variante der Sozialdemokratie" zu sein. Die Grünen müssten wieder "zur apokalyptischen Kritik der Moderne zurückfinden". Ein ideologischer Bruch zwischen einer Mehrheit der Zürcher und der gesamtschweizerischen Partei hatte sich bereits 1992 abgezeichnet, als die nationale Parteileitung und die Mehrheit der Nationalratsfraktion den EU-Beitritt zu befürworten begann. Auch das Bemühen der nationalen Partei um eine realisierbare Neat schien den Zürchern nach der früheren Neat-Ablehnung unglaubwürdig. Im Juli sistierte die Zürcher Regierungsrätin und frühere GPS-Präsidentin Verena Diener ihre Parteimitgliedschaft bei der Kantonalpartei, um die Frage über Zustand und Stil der Zürcher Sektion aufzuwerfen.

Mit hauchdünner Mehrheit nominierte der Parteivorstand überraschend die auf nationaler Ebene unbekanntes Baselbieter Landrätin Esther Maag zur Nachfolgerin Thürs. Der ebenfalls kandidierende Berner Nationalrat und Biobauer Ruedi Baumann, dem insbesondere von der Zürcher Sektion die Etikette des "Berner Establishments" angehängt wurde, und der Tessiner Werner Nussbaumer hatten das Nachsehen. Bei der Delegiertenversammlung Ende Oktober setzten die Grünen dann aber doch auf eine pragmatische Politik und wählten **Ruedi Baumann** mit 64 von 108 Stimmen klar zum neuen Präsidenten. Baumann sprach sich für eine bauern- und umweltverträgliche Landwirtschaftspolitik und auch für einen prononciert **proeuropäischen Kurs** aus. Der härteste Opponent Baumanns, Felix Müller, trat von seinem Amt als Präsident der Zürcher Grünen zurück, um den Konflikt um die Parteiausrichtung zu entkrampfen.

An einer Delegiertenversammlung zur Zukunft des Sozialstaats wurde der Parteivorstand beauftragt, eine Volksinitiative **für ein existenzsicherndes Grundeinkommen** auszuarbeiten. Damit reagierte die GPS einerseits auf eine im Berichtsjahr erschienene Armutsstudie, andererseits auf die zunehmende Überforderung der Städte mit ihren Fürsorgeleistungen. Die Existenzsicherung müsse von der Erwerbsarbeit abgekoppelt und als Bundesaufgabe etabliert werden. Als zusätzliche Finanzierungsquelle wurde eine eidgenössische Schenkungs- und Erbschaftssteuer vorgeschlagen. Die Delegierten beschlossen ferner, die Volksinitiative zur

"gerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit" der Gesellschaft für gerechte Arbeitsverteilung aktiv zu unterstützen.

Bezüglich der bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU pochten die Grünen auf eine harte Haltung der Schweiz und die konsequente Umsetzung der Alpeninitiative. Andernfalls drohten sie mit dem Referendum. In einer Petition "**gegen die Zulassung von 44-Tönnern** in der Schweiz" kritisierten sie den Bundesrat, der auf dem Verordnungsweg die Radialzonen um die Huckepack-Bahnhöfe, in denen die 28-Tonnen-Limite nicht gilt, von 10 auf 30 Kilometer ausgedehnt hatte.

Weiter forderte die Partei in Hinblick auf die Öffnung des Strommarktes in Europa eine **Neuordnung der Elektrizitätswirtschaft** und schlug die Einrichtung einer staatlich kontrollierten Strombörse vor, deren Hauptaufgabe die Bündelung der Gesamtnachfrage der Stromverbraucher wäre. Vorrang hätte die umweltfreundliche Stromerzeugung.

Auf Antrag der Freien Grünen Baselbiet verabschiedeten die Grünen eine Resolution gegen **Gentech-Lebensmittel** und riefen zum Kaufboykott von Nestlé-Produkten auf, solange diese nicht explizit auf die Lancierung von genmanipulierten Lebensmitteln verzichtet.

Mit Thomas Merkli (BE) wurde erstmals ein Vertreter der Grünen ans **Bundesgericht** gewählt.

Bei den **kantonalen Wahlen** verloren die Grünen in Solothurn zwei Sitze und im Aargau einen Sitz, konnten in Genf aber zwei dazugewinnen. Überraschend konnten sie in Genf mit Robert Cramer ausserdem erstmals in die Regierung einziehen. Damit ist die GP gesamtschweizerisch in drei Exekutiven (GE, VD und ZH) vertreten.

Im Januar löste sich als letzte verbleibende Sektion der Progressiven Organisationen Schweiz (**POCH**) die Progressive Organisation Basel (POB) auf. Diese hatte ihre Auflösung zwar bereits 1993 beschlossen, doch wollte die zuletzt noch sechsköpfige Progressive Grossratsfraktion die Legislaturperiode noch zu Ende führen. Entstanden war die anfänglich marxistisch-leninistisch orientierte POB 1970 im Nachgang zu den weltweiten Studentenunruhen. Von Basel aus wurde auch die POCH gegründet (1972) und aufgebaut. 1984 wurde die POB zur drittstärksten Partei in Basel.

## 1998

Die Grüne Partei der Schweiz ergriff zusammen mit weiteren Umweltschutzorganisationen das **Referendum gegen die Änderung des Raumplanungsgesetzes**, weil ihnen die Öffnung der Landwirtschaftszone für betriebsnahe Nebengewerbe, für bodenunabhängige Produktion und für Wohnzwecke zu weit ging.

Der Parteitag der GP vom 15. August in Schaffhausen stand in erster Linie im Zeichen der **Verkehrspolitik**. Einstimmig wurde die Ja-Parole für die LSVA gefasst. Mehr Anlass zu Diskussionen bot die Vorlage über die Finanzierung der Bahninfrastruktur (Finöv). 1992 hatten die Grünen die Neat-Netzvariante mit einem Referendum bekämpft. Der pragmatischen Haltung von

Vorstand und Fraktion, beim Entscheid über die Neat auch staats- und realpolitische Aspekte zu berücksichtigen, erwuchs Widerstand aus der fundamentalistischen Strömung der Partei. Das **Ja zur Finöv** fiel allerdings **klar** aus. Ferner verabschiedeten die Delegierten ein verkehrspolitisches Positionspapier. Darin forderten sie ein kinder-, umwelt- und sozialverträgliches Gesamtverkehrskonzept und machten sich für eine Vollkostenrechnung aller Verkehrsträger stark. Für die Beibehaltung der 28-Tonnen-Limite wollen sich die Grünen nicht mehr engagieren. Gleichzeitig bekundete die GP ihre Unterstützung für vier verkehrspolitische Initiativen, so z.B. für die "Verkehrshalbierungsinitiative" oder die Initiative für Tempo 30 innerorts.

In der **Europapolitik** vollzogen die Grünen eine **Kehrtwende**. Nachdem sich die Partei 1992 gegen einen Beitritt zum EWR ausgesprochen hatte, forderte sie jetzt vom Bundesrat die **unverzögliche Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen**. Ziel der Grünen ist es, dass die Schweiz bis ins Jahr 2002 Mitglied der EU wird. Damit schlug sie im integrationspolitischen Fahrplan eine schnellere Gangart ein als alle anderen Parteien. Aus grüner Sicht sprechen fünf Gründe für einen baldigen Beitritt: die europäische Zusammenarbeit sei nötig, da Ökologie und Soziales auch grenzüberschreitende Lösungen erforderten; die Schweiz müsse dort mitentscheiden, wo die wesentlichen Entscheide fallen; die wirtschaftliche Globalisierung erfordere eine handlungsfähige internationale Ebene; die Schweiz habe in der EU reiche Erfahrungen in Föderalismus und Demokratie einzubringen; ferner sei die Schweiz Teil Europas, die Integration liege daher auch in ihrem Interesse. Von den heftigen Auseinandersetzungen, in denen sich noch im Vorjahr führende Zürcher Grüne gegen den EU-freundlichen Kurs von Parteipräsident Ruedi Baumann gewehrt hatten, war am Parteitag vom 31. Oktober in Montreux nicht mehr viel zu spüren. Dementsprechend verabschiedeten die Delegierten das Positionspapier mit 62 gegen 12 Stimmen bei 9 Enthaltungen deutlich. Mit dem klaren europapolitischen Positionsbezug erhoffte sich die Partei im Hinblick auf das Wahljahr 1999 die Rückeroberung der sechs bei den letzten Nationalratswahlen verlorenen Sitze.

Gleichzeitig verabschiedeten die Grünen nebst der Ja-Parole zur Droleg-Initiative ein Positionspapier zur Drogenpolitik. Um dem illegalen Markt mit all seinen negativen Konsequenzen den Boden zu entziehen, braucht es ihrer Ansicht nach eine kontrollierte Legalisierung des Handels. In einem ersten Schritt strebt die GPS die **Entkriminalisierung des Konsums** von Betäubungsmitteln und eine **Erweiterung der staatlichen Drogenabgabe** an, begleitet von verstärkter Prävention. In einem weiteren Schritt soll ein kontrollierter und legalisierter Handel geschaffen werden nach den Regelungen, wie sie die Droleg-Initiative vorsah.

**Erstmals** wählte das Parlament einen grünen **Bundesrichter**. In einer Kampfwahl liess **Thomas Georg Merkli** seinen FDP-Gegenkandidaten knapp hinter sich. Merkli wirkte schon seit zwei Jahren als nebenamtlicher Ersatzrichter am Bundesgericht in Lausanne. Als erster grüner Stadtpräsident der Schweiz wurde Martin Graf an die Spitze der Gemeinde Illnau-Effretikon (ZH) gewählt.

Bei den **kantonalen Wahlen** verloren die Grünen in Bern zwar einen Sitz, konnten aber in Glarus mit 2 sowie insbesondere in der Waadt mit 6 Mandaten beträchtlich zulegen. Damit gehörten sie in der Waadt neben der PdA zu den eigentlichen Wahlgewinnerinnen, die trotz Verkleinerung des Parlamentes von der neuen Wahlgeometrie am meisten profitierten. Ferner konnten sie ihren Sitz

in der Waadtländer Regierung verteidigen.

## 1999

Das **Wahlkampfprogramm der Grünen** für die nationalen Wahlen wurde im Mai in Genf an einer Delegiertenversammlung diskutiert. Dabei hielt die GP einhellig an ihren traditionellen Positionen fest. Sie bestätigte auch ihre Forderung nach einem EU-Beitritt der Schweiz. Das von Parteipräsident Baumann angekündigte Projekt für eine Volksinitiative für eine Neugliederung der Schweiz in einige wenige Grosskantone wurde hingegen auf den nächsten Parteitag vom September verschoben. Nachdem es dort auch nicht behandelt worden war, reichte die Grüne Fraktion den **Vorstoss für eine Neustrukturierung der Schweizer Kantone** als parlamentarische Initiative im Nationalrat ein.

Am letzten Parteitag der GP vor den Wahlen in Baden wurde über die bilateralen **Verträge mit der EU** verhandelt. Mit 74 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, welche die eidgenössischen Räte dazu aufforderte, die Vorschläge der Nationalratskommission zu den flankierenden Massnahmen anzunehmen. Im Besonderen wurde gefordert, dass die **Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene** forciert werde.

Trotz der Niederlage zu Jahresbeginn bei den kantonalen **Wahlen** in Zürich, wo die GP fünf von sechzehn Parlamentsmandaten verloren hatte, gab man sich für die eidgenössischen Wahlen vom Herbst zuversichtlich und rechnete mit drei Sitzgewinnen im Nationalrat. Das Ergebnis bestätigte den Status quo: zwei Sitzgewinnen in der Westschweiz standen zwei Mandatsverluste in der Deutschschweiz gegenüber; der Wähleranteil konnte mit 5,0% gehalten werden.

## 2000

Im Mai löste der Theologe **Hubert Zurkinden** aus Freiburg den zurückgetretenen Felix Wirz als **Generalsekretär** ab. Im April wurde die Co-Präsidentin der Waadtländer Grünen, Marie Schaffer, als erste Schweizerin in den **Vorstand der Grünen Partei Europas** gewählt.

Anfangs Februar fasste die GP die **Ja-Parole zu den bilateralen Verträgen mit der EU**. Aus den Reihen der einst vehementen EWR-Gegner waren an der Delegiertenversammlung in Neuenburg nur noch wenige kritische Stimmen zu vernehmen.

Insgesamt deckten sich im Berichtsjahr die **Parolen der GP zu den Volksabstimmungen** mit einer Ausnahme mit denjenigen der SP. Die Ausnahme betraf die Initiative über die Fortpflanzungsmedizin, bei der sich die Delegierten auf Stimmfreigabe einigten.

Im August zogen sich die Grünen aus dem **Gegen-Komitee zur „18-Prozent-Initiative“** zurück, da sie sich mit den Argumenten des Komitees nicht mehr identifizieren könne. Diese Argumente würden teilweise auf fremdenfeindlichen Klischees basieren. So werde in der Aussage, die Initiative könne Kriminalität und Asylmissbrauch nicht verhindern, die Kampagne der SVP unkritisch reflektiert.

Im Oktober sagten die Delegierten einstimmig Ja zur „Umverteilungsinitiative“ (Reduktion der Armeeaussgaben). Hingegen sprach sich eine knappe Mehrheit gegen eine Teilnahme an dem von der GSOA lancierten Referendum gegen die **Teilrevision des Militärgesetzes** aus. Das Dilemma zwischen Pazifismus und aktivem Engagement in Krisenregionen verunmöglichte eine deutliche Beschlussfassung. Viele Voten warnten davor, Wasser auf die Mühlen der AUNS-Kampagne gegen die Militärgesetzrevision zu giessen und erinnerten an die Politik der Öffnung, welche die GP in bezug auf die Integration der Schweiz in die EU verfolgt.

Im Rennen um die **Nachfolge von Bundesrat Ogi** nominierte die GP ihre Fraktionspräsidentin Cécile Bühlmann (LU). Sie erhielt zumindest im ersten Wahlgang die Unterstützung der SP.

Bei den **kantonalen Wahlen** gehörten die Grünen wie bereits im Vorjahr zu den grossen Verlierern. Im Basler Grossen Rat verloren sie fünf von acht Sitzen und im Thurgau mussten sie drei von elf Sitzen räumen. Ihr einziger Sitz in Schwyz musste ebenfalls abgegeben werden. Dagegen stockte die GP ihre Vertretung in Schaffhausen um zwei auf sechs Mandate auf und stellt im Kanton Uri neu einen Sitz. Herbert Bühl von der ÖBS wurde in Schaffhausen mit dem besten Wahlergebnis als Regierungsrat bestätigt.

## 2001

Im August kündigte **Ruedi Baumann** seinen **Rücktritt als Parteipräsident** auf Ende Oktober an, weil er in Frankreich einen Bio-Landwirtschaftsbetrieb übernahm. Sein Nationalratsmandat wollte er jedoch behalten. Im Vordergrund für seine Nachfolge stand ein Mitglied der Fraktion. Weil die GP eine Ämterkumulation von Fraktionsvorsitz und Parteipräsidium ablehnte, kam eine Kandidatur von Cécile Bühlmann (LU) nicht in Frage. Als Favoriten galten die Mitglieder des Nationalrats Ruth Genner (ZH) und Patrice Mugny (GE). Kurzfristig war nicht klar, ob auch der Berner Grossrat und ehemalige Parteisekretär Bernhard Pulver sich bewerben und die Partei zu einem Richtungsentscheid zwingen würde, da er als liberaler gilt als die beiden Favoriten. An der Delegiertenversammlung vom Oktober wählten die Grünen auf Antrag der Parteileitung ein Kopräsidium mit Patrice Mugny und Ruth Genner; damit wurden sie der Tatsache gerecht, dass die Partei in letzter Zeit in der Romandie hatte Erfolge verbuchen können. Mugny, früherer Chefredaktor beim linkskatholischen Le Courrier, ist politischer Sekretär der Genfer Grünen und Westschweizer Koordinator der Alpen-Initiative. Er hat den Ruf, Themen rasch zu erkennen und zu analysieren und Provokation auch gezielt einzusetzen. In jüngster Zeit setzte er sich vor allem für die Antiglobalisierung und die „Sans-papiers“ ein. Genner, als Lebensmittel-Ingenieurin tätig, war zehn Jahre Zürcher Kantonsrätin und präsidierte die VCS-Sektion. Sie gilt als stille Schafferin mit viel Sachkompetenz.

Das Berner Grüne Bündnis und das Demokratische Nidwalden erhielten **Beobachterstatus**.

Anfangs Jahr beschloss der Parteivorstand die Ja-Parole zur Volksinitiative „**Ja zu Europa**“. Die Baselstädtischen und die Luzerner Grünen hingegen beschlossen Stimmfreigabe, die Berner und die Schaffhauser stimmten für ein Nein, und die übrigen 15 Kantonalparteien schlossen sich der Mutterpartei an. Ebenfalls ein Ja empfahlen die Grünen zur Initiative „Strassen für alle“.

Im März entschied sich die Delegiertenversammlung mit 32:28 Stimmen bei drei Enthaltungen, **das Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz zu unterstützen**. Es ginge in erster Linie darum, den Service public zu bewahren.

An ihrer Delegiertenversammlung in Delémont beschlossen die Grünen zweimal die **Nein-Parole zu den Militärgesetzrevisionen** (Bewaffnung bei Auslandseinsätzen und Ausbildungszusammenarbeit). Für die Vorlagen votierten insbesondere die Berner, dagegen argumentierten Vertreter aus der Romandie. Der Text der Vorlage sei zu schwammig; so sei die Unterstützung von Kriegseinsätzen, die von der NATO geführt würden, nicht ausgeschlossen. Ausserdem ziehe ein Ja weitere Rüstungsbeschaffungen nach sich. Die Befürworter wiesen vergeblich darauf hin, dass es, da Gewalt existiere, bei allem Pazifismus eine Macht brauche, welche Ordnung als Voraussetzung für zivile Entwicklung schaffe. Die Abschaffung des Bistumsartikels wurde gutgeheissen; einen Antrag auf Stimmfreigabe lehnten die Delegierten mit 26:22 Stimmen ab. In einer Resolution beharrten die Grünen auf dem Nachtfahrverbot für Lastwagen und forderten ein LKW-Verbot an staugefährdeten Tagen. Ausserdem verlangten sie die Erhöhung der LSVA auf das Niveau der Brenner-Gebühren, eine LKW-Kontingentierung und eine Kleintransporterabgabe.

Im Herbst **verurteilte die GP** den Terrorismus und den Krieg in Afghanistan. Die Reaktion der USA und ihrer Alliierten sei keine adäquate Reaktion auf die grauenhaften Terrorakte vom 11. September. Parteipräsidentin Genner kritisierte den grünen deutschen Aussenminister Joschka Fischer und bedauerte, dass dieser für den Krieg in Afghanistan einstünde. Des weiteren verabschiedeten die Grünen eine Resolution für ein Ausschaffungsmoratorium für Papierlose.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** konnten die Grünen ihre Delegation im Aargau, in Genf und in Neuenburg um vier Mandate verstärken, mussten in Solothurn jedoch fünf Verluste hinnehmen, weil sie nur noch in einem Bezirk angetreten waren. Robert Cramer konnte seinen Sitz in der **Genfer Regierung** verteidigen. Im **Lausanner Parlament** legten die Grünen auf Kosten der SP vier Sitze zu und stellten mit Daniel Brélaz den **Stadtpräsidenten**.

## 2002

Die Empfehlungen der Grünen Partei zu den eidgenössischen Vorlagen deckten sich mit jenen der Sozialdemokraten. Anfang Januar empfahlen die Grünen die Ja-Parole zu den beiden Volksinitiativen "für den Beitritt der Schweiz zur UNO" und "für eine kürzere Arbeitszeit". Hauptthematika der Delegiertenversammlung bildeten jedoch das Weltwirtschaftsforum in New York/Davos (WEF) und das Weltsozialforum in Porto Alegre. In einer Resolution forderten die Grünen eine **Isolierung der WEF-Teilnehmenden**. Behörden und Nichtregierungsorganisationen sollten keine Vertreter mehr ans WEF schicken, stattdessen aber ans Weltsozialforum. Anschliessend beschäftigten sich die Grünen mit dem Schächtverbot. Einerseits gehe es darum, jegliche Aussage zu vermeiden, die als antisemitisch interpretiert werden könne, andererseits, für den Tierschutz einzustehen.

Im Frühsommer erklärte die GP, sie lehne die **Forschung an embryonalen Stammzellen** und auch deren Import ab, solange nicht eine breite Diskussion und Aufklärung stattgefunden habe.

Alternativen wie die Forschung an adulten Stammzellen und solchen, die aus Nabelschnurblut gewonnen werden, seien genauer auszuleuchten.

Mitte August präsentierten die Grünen ihr **Wahlmanifest "Vision für eine andere Welt"**, das bekannte grüne Positionen zusammenfasste. Die Partei wolle radikaler werden und die Probleme an der Wurzel packen, reine Kosmetik genüge nicht mehr. Ziel sei es, in den nächsten Wahlen drei bis vier Sitze hinzuzugewinnen, jedoch nicht auf Kosten der Sozialdemokraten. Gleichzeitig mit dem Wahlmanifest stellte die GP ein Positionspapier zur Familienpolitik vor, das unter anderem die nationale Vereinheitlichung der Kinderzulagen und, entsprechend dem Tessiner Modell, Ergänzungs- und Kleinkinderzulagen für einkommensschwache Familien forderte. Analog zur AHV sollen Erziehungs- und Betreuungsarbeit auch an die 2. Säule angerechnet werden.

Am Parteitag im August verabschiedeten die Delegierten das Wahlmanifest mit grossem Mehr. Eingefügt wurde die Forderung, landwirtschaftliche Direktzahlungen müssten existenzsichernde Einkommen für kleine und mittlere Bauernbetriebe garantieren, um das "Bauernsterben" im Berggebiet zu stoppen. Mit 59:28 Stimmen beschloss die Grünen ferner die **Nein-Parole zum Elektrizitätsmarktgesetz**. Die Argumente vorab Westschweizer Vertreterinnen und Vertreter, ein liberalisierter Markt führe nicht zum Ausstieg aus der Atomenergie und diene nur den grossen Stromkonsumenten, setzten sich durch. Einstimmig lehnten die Delegierten die Gold-Initiative der SVP ab, ebenso deutlich hiessen sie den bundesrätlichen Gegenentwurf mit der Solidaritätsstiftung gut.

Nachdem die Grünen die Asyl-Initiative der SVP und die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zur Ablehnung empfohlen hatten, verabschiedeten sie ein Positionspapier zur Agglomerationspolitik, welches eine Begrenzung des Siedlungsgebietes forderte. Dessen ungebremstes Wachstum sei einer der Hauptgründe für die zunehmende Verkehrsbelastung in den Agglomerationen. Dem trage der Bund zu wenig Rechnung. Den Bau einer zweiten Gotthardröhre, wie sie die Avanti-Initiative und der Gegenvorschlag des Bundesrates vorsähen, lehnten die Grünen vehement ab. Ausserdem hiessen sie ein **zehnjähriges Moratorium für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen** gut. Gemeinsam mit anderen Organisationen wollten sie eine Gentech-Moratoriums-Initiative starten. Schliesslich forderten sie die sofortige Revision des Betäubungsmittelgesetzes, um die Straffreiheit des Canabiskonsums zu garantieren.

Die Grünen gehörten zu den Gewinnern der kantonalen Parlamentswahlen. Sie konnten **19 Sitze gutmachen**: sieben in Nidwalden, sechs in Bern, fünf in der Waadt und einen in Glarus. Dabei profitierten sie auch von Beitritten regionaler Gruppierungen wie dem Demokratischen Nidwalden oder dem Grünen Bündnis in Bern.

## 2003

Nach seiner Wahl in die Genfer Stadtregierung gab der Co-Präsident der Grünen, **Patrice Mugny (GE)**, bekannt, er werde sein Nationalratsmandat nach der Sondersession **abgeben** und Ende Jahr das **Vizepräsidium** der Partei. Im November liess Co-Präsidentin Ruth Genner (ZH) durchblicken, sie würde das Präsidium gerne im Vollamt übernehmen. Als Vizepräsidenten



wünsche sie sich einen welschen Fraktionskollegen. Die Delegiertenversammlung der Grünen entscheidet im Januar 2004 über die Neuerungen an der Parteispitze.

Mit einem Fest mit Biomarkt und Podiumsgespräch feierte die Grüne Partei im Mai in Bern ihr **20-Jahr-Jubiläum**. Co-Präsidentin Ruth Genner rief zu mehr Bewegung an der Basis auf und ermunterte die Parteimitglieder, utopische Ziele anzupeilen. Gefragt sei insbesondere der Nachwuchs. Einen Monat vor den eidgenössischen Wahlen präsentierten sich die **Jungen Grünen**, die bisher nur kantonal in Erscheinung getreten waren, erstmals als nationale Bewegung und luden zu einem „Fair-Trade-Frühstück“ auf der Bundesterrasse in Bern ein. Als ersten politischen Vorstoss übergaben sie dem Parteipräsidium eine Forderung an die Bundesverwaltung: Diese solle in ihren Cafeterias nur noch Kaffee aus fairem Handel ausschenken.

Anfang Jahr beschlossen die Grünen an ihrer Delegiertenversammlung in Luzern die Nein-Parole zum Bundesbeschluss über die Änderung der Volksrechte, auf Kritik stiess vor allem die hohe Unterschriftenzahl für die allgemeine Volksinitiative. Ausserdem verabschiedeten die Delegierten den Text zur Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“, welche ein fünf- (statt wie ursprünglich vorgesehen ein 10-jähriges) **Gentech-Moratorium** vorsieht. Mit 35:24 Stimmen bei 5 Enthaltungen sprachen sie sich zudem für die Mitlancierung der Volksinitiative „für eine soziale Einheitskrankenkasse“ aus. Die Befürworter hofften auf mehr Transparenz, demokratische Strukturen und Sparmöglichkeiten, die Gegner hingegen befürchteten einen aufgeblähten Verwaltungsapparat und die Gefährdung des Grundleistungskatalogs. Schliesslich stimmten die Grünen einer Resolution gegen den Irak-Krieg zu, in welcher sie den Bundesrat aufforderten, alle diplomatischen Mittel zu nutzen, um möglichst viele Regierungen gegen den Krieg zu mobilisieren.

Im April beschlossen die Grünen die Ja-Parole zu den beiden Atominitiativen „Strom ohne Atom“ und „Moratorium Plus“, zur Initiative „Gleiche Rechte für Behinderte“, zur Lehrstelleninitiative, zur Initiative „Ja zu fairen Mieten“, zur Sonntagsinitiative, zur Gesundheitsinitiative der SP sowie zur Revision des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes. Umstritten war einzig die Vorlage zur Armee XXI, zu der die Delegierten auf Antrag des Vorstandes mit 43:16 Stimmen bei 8 Enthaltungen leer Einlegen empfahlen; der Antrag, die Nein-Parole herauszugeben, wurde mit 44:29 Stimmen abgelehnt. Anschliessend verabschiedeten die Grünen eine Resolution, worin sie wegen der ihrer Ansicht nach völkerrechtswidrigen Intervention der USA im Irak den Umzug der UNO von New York in die neutrale Schweiz nach Genf anregten. Zu reden gab schliesslich die **Erhöhung des Mitgliederbeitrags**, welcher erstmals seit dem 20-jährigen Bestehen der Partei angehoben wurde (von 25 auf 35 Fr. pro Jahr). Dadurch verfügt die nationale GP neu über ein Jahresbudget von knapp 500 000 Fr.

In einem Positionspapier forderten die Grünen eine **ganzheitliche Gesundheitspolitik**, welche die Prävention ins Zentrum stellt. Die gesundheitspolitische Debatte dürfe sich nicht länger fast ausschliesslich um Kostenfragen drehen; Voraussetzung für ein gesundes Leben seien intakte ökologische und soziale Lebensbedingungen. Nach Meinung der Grünen seien Gesundheitskosten von 43 Mia Fr. (10,7% des BIP) für die reiche Schweiz nicht zuviel. Sparpotenziale böten unter anderem eine bessere Spitalplanung, die Aufhebung des

Vertragszwangs für Spezialärzte, Einkommensplafonds für Ärzte mit Privatpraxis im Spital, Parallelimporte billiger Medikamente und die Förderung der Generika-Abgabe. Ausserdem unterstützten die Grünen die Forderung der SP-Initiative nach Abschaffung der Kopfprämien und nach Prämienbefreiung der Kinder.

Ende Juni beschloss der Vorstand der Grünen Partei, sich aktiv für ein **Referendum gegen das Steuerpaket** zu engagieren und sich nicht allein auf das Kantonsreferendum zu verlassen.

Im Zusammenhang mit einem Bundesgerichtsurteil, das Urnenentscheide über Einbürgerungen als verfassungswidrig bewertet, forderten die Grünen eine **Migrationspolitik**, welche auf der Anerkennung der Menschenrechte gründet und konsequent die Integration fördert; obligatorische Deutschkurse lehnten sie jedoch ab. Die Einbürgerungsfrist solle auf acht Jahre gesenkt, die zweite und die dritte Ausländergeneration automatisch eingebürgert werden.

Mit dem Hinweis, Klimapolitik sei für die Grünen nicht erst seit diesem Hitzesommer ein heisses Thema, rechtfertigte Fraktionschefin Cécile Bühlmann (LU) das lange Schweigen der Partei. Anstelle der punktuellen Massnahmen wie befristeten Temporeduktionen im Tessin und in Graubünden fordere die GP eine Verlagerungspolitik hin zum öffentlichen Verkehr auch im Personenverkehr. Anfangs September verabschiedeten die Delegierten eine Resolution „für eine glaubwürdige Klimapolitik“, welche die dringliche Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf den 1. Januar 2004 und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs verlangte. Um die Mehrkosten zu finanzieren, solle ein **Klimafranken** pro Liter Benzin erhoben werden. Vor allem die Waadtländer Grünen kritisierten diesen Vorschlag als unausgegoren; sie vermissten eine vorgängige Vernehmlassung in den Kantonalparteien und verlangten eine Abfederung für die Bewohner der Randregionen. Die Resolution wurde schliesslich mit 39:0 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen.

Bei den **eidgenössischen Wahlen** konnten die Grünen die Zahl ihrer Nationalratsmandate von 9 auf 13 erhöhen. Als Reaktion auf die Drohung der SVP, in die Opposition zu gehen, falls ihr das Parlament nicht einen zweiten Bundesratssitz für Christoph Blocher (svp, ZH) zugestehen würde, brachten die Grünen Co-Präsidentin Ruth Genner (ZH) als Kandidatin für den Bundesrat ins Spiel, um eine allfällige Regierung mit einer Mitte-links-Mehrheit ohne SVP-Beteiligung zu ermöglichen. Gewählt wurde Christoph Blocher an Stelle von CVP-Bundesrätin Ruth Metzler. Bei den kantonalen Wahlen errangen die Grünen insgesamt 5 zusätzliche Sitze.

## 2004

Anfang Januar bestätigten die Grünen an ihrer Delegiertenversammlung in Biel **Ruth Genner** (ZH) als **Parteipräsidentin** für die nächsten zwei Jahre. Der bisherige Co-Präsident Patrice Mugny (GE) hatte seinen Rücktritt bekannt gegeben, nachdem er im vergangenen Jahr in die Genfer Regierung gewählt worden war. Der Genfer Nationalrat Ueli Leuenberger (GE) wurde zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Die Grünen beabsichtigen, am Ende der Legislaturperiode in allen Schweizer Kantonen grüne Parteien zu haben, auch in den beiden Appenzell, in Graubünden und in Schwyz, wo sie noch nicht vertreten sind. Die drei Vorlagen vom 8. Februar empfahl die GP zur Ablehnung.

Anfang April fassten die Grünen in Schaffhausen einstimmig die Nein-Parole zum **Steuerpaket**; sie hatten dagegen das Referendum ergriffen. Die 11. AHV-Revision wurde mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen ebenfalls abgelehnt; die Vorlage sei die erste reine Abbauvorlage seit Bestehen der AHV/IV. Mit 65:24 Stimmen bei 9 Enthaltungen befürworteten die Grünen hingegen die Erhöhung der MWSt.

Im Juni beschlossen die Parteispitzen von **GP und SP**, ihre **Zusammenarbeit zu institutionalisieren** und sich viermal jährlich während der Sessionen zu treffen, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Die Vereinbarung war auf Wunsch der Grünen zustande gekommen, die sich trotz ihres Wahlsieges in den eidgenössischen Wahlen vom Vorjahr im politischen Diskurs von der SP nicht als gleichwertiger Partner anerkannt fühlten.

Anfang Juli gab die frühere Parteipräsidentin der GP, die Zürcher Regierungsrätin Verena Diener, gemeinsam mit dem abgewählten Präsidenten der Zürcher Kantonalpartei und Nationalrat Martin Bäumle die Gründung einer neuen grün-liberalen Partei bekannt, da die Zürcher Grünen einen zunehmend gewerkschaftlich orientierten Linkskurs verfolgten. Die Grüne Partei Schweiz zeigte sich überrascht und enttäuscht über das Vorgehen. Die **Grün-Liberalen Zürich (GLiZ)** würden nicht automatisch Mitglied der GP, sie müssten zuerst das Programm der Landespartei akzeptieren und ein Jahr als Beobachter absitzen. Die Grüne Fraktion der Bundesversammlung sistierte die Mitgliedschaft Bäumles, bis das Verhältnis zwischen GLiZ und GP geklärt sei. Sollten die GLiZ in die GP aufgenommen werden, wäre Bäumle automatisch wieder Fraktionsmitglied, es stünde ihm aber auch frei, den Verbleib in der Fraktion zu beantragen; diese würde dann frei entscheiden, wie sie es bei anderen nicht der Partei angehörenden Personen wie Hugo Fasel (csp, FR) getan habe. Ende Oktober wies der Vorstand der GP einen Antrag der GLiZ auf Aufnahme vorerst zurück, weil die GLiZ noch kein Parteiprogramm hätten und daher auch nicht klar sei, was sie unter dem Etikett „liberal“ verstünden.

Nach eingehender Diskussion sprach sich die Delegiertenversammlung in Winterthur (ZH) Ende August mit 82:26 Ja bei 6 Enthaltungen deutlich **für die Abkommen von Schengen und Dublin** aus. Das Schengener Abkommen sei zwar Instrument einer repressiven Migrations- und Asylpolitik, jedoch angesichts von Bundesrat Blochers Asylpolitik das geringere Übel. Die anderen Abkommen im Rahmen der Bilateralen II hiessen die Grünen einstimmig gut (108 Ja, 4 Enthaltungen). Zu allen vier Vorlagen vom 26. September gaben sie die Ja-Parole heraus, zum Mutterschaftsurlaub und zu den beiden Einbürgerungsvorlagen einstimmig, zur Post-Initiative mit einer Gegenstimme.

Mit 82:8 Stimmen beschlossen die Grünen in Sitten (VS) die Nein-Parole zum **Stammzellenforschungsgesetz**; sie hatten bereits das Referendum unterstützt. Mit 61:28 Stimmen lehnten die Delegierten auch die NFA ab; sie befürchteten, die Vorlage führe zu einem Sozialabbau. Gegen den Antrag des Vorstandes, der die Mehrwertsteuer teilweise durch eine ökologische Steuerreform ersetzen wollte, folgten die Grünen schliesslich ihrer Bundeshausfraktion und gaben mit 76:23 Stimmen die Ja-Parole zur neuen Finanzordnung heraus. Abschliessend verabschiedeten sie eine Resolution für ein zehnjähriges Atomkraftwerk-Moratorium.

Mit einem „**Sozialpolitischen Manifest aus grüner und urbaner Sicht**“ wollten die vier grünen städtischen Sozialvorsteher Therese Frösch (Bern), Ruedi Meier (Luzern), Thomas Feurer (Schaffhausen) und Monika Stocker (Zürich) die Diskussion um die Lösung der sozialpolitischen Probleme neu anstossen. In den Städten sei der Druck am grössten und der Handlungsbedarf am dringlichsten. Als Grundlage für das Zusammenleben forderten sie Integration statt Sozialhilfe und Renten sowie mehr Sicherheit und Lebensqualität im Alter.

Im November lehnten die vier Bundesratsparteien es ab, den Grünen das **Nationalratspräsidium** zu überlassen. Damit brachen sie mit einer alten Entscheidung, alle zwölf Jahre einer kleinen Nichtregierungspartei den Vorsitz der grossen Kammer abzutreten. Früher hatte jeweils die SVP als ehemals kleinste Partei auf den Vorsitz verzichtet. Dazu war die jetzt kleinste Partei, die CVP, nicht bereit.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** legten die Grünen gemessen an ihrer bisherigen Stärke am meisten von allen Parteien zu; sie konnten ihre Vertretung von 25 auf 47 Sitze nahezu verdoppeln. Allein in Basel-Stadt eroberten sie neun zusätzliche Mandate, in St. Gallen sieben, im Thurgau fünf und in Uri eines. In Basel-Stadt schaffte Guy Morin den Sprung in die Exekutive, während in Schaffhausen Herbert Bühl aus der Regierung ausschied.

## 2005

Mitte April beschlossen die Grünen an ihrer Delegiertenversammlung in Wil (SG) diskussionslos die Ja-Parole zum Partnerschaftsgesetz. Die **Zustimmung zu den Schengen/Dublin-Abkommen** fiel mit 98:20 Stimmen bei fünf Enthaltungen klarer aus, als es die vorangehenden kritischen Voten hatten erwarten lassen. Streitpunkt der Debatte war die Frage, ob die beiden Polizei- und Asylabkommen einen konsequenten Schritt hin zum von der GP angestrebten „Europa ohne Grenzen“ darstellten oder ob sie nicht vielmehr einen weiteren Beitrag zur Abschottung der „Festung Europa“ bildeten. Als Hauptgeschäft verabschiedeten die Grünen nach ausführlicher Diskussion ein Positionspapier zur Bildungspolitik. Das basisdemokratische Programm, das eine nachhaltigere Bildung, „gerechteren“ Mitteleinsatz sowie mehr Chancengleichheit (auch für Sans-Papiers) forderte und sich für Integration statt Selektion an den Schulen aussprach, hatte die Partei als Beitrag zur Uno-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bereits Anfang Jahr präsentiert. – Das Demokratische Nidwalden wurde als Mitglied, das „Grüne Appenzell“ als Beobachter in die GP Schweiz aufgenommen. Damit sind die Grünen in allen Kantonen mit Ausnahme von Graubünden, Obwalden und Schwyz vertreten.

Im August befürworteten die Grünen mit 102:1 Stimmen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder. In einer Resolution forderten sie den Bundesrat auf, unverzüglich einen „**Plan Wahlen**“ für die **Energie** aufzustellen, um die künftige autonome Versorgung der Schweiz basierend auf erneuerbaren Energien sicherzustellen. Konkret sehen die bereits im Mai vorgestellten „Energieperspektiven 2050“ eine 2000-Watt-Gesellschaft vor, wonach die Schweiz ihren Verbrauch bis 2050 pro Kopf und Jahr auf 17 500 Kilowattstunden resp. 2000 Watt senken soll, was einem Drittel des heutigen Konsums und dem heutigen Weltdurchschnitt entspricht. Diese Menge sei zu 100% aus erneuerbaren Energien zu produzieren – heute decken diese vor allem aus Wasserkraft und Holz gewonnenen Energieträger nur 20% des Verbrauchs. In einer

zweiten Resolution sprachen sich die Grünen für eine Unterstützung der Volksinitiative „Rettet den Schweizer Wald“ der Vereinigung Helvetia Nostra aus, die sich gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene Teilrevision des Waldgesetzes richtet.

Im Herbst gaben die Delegierten der GP in Stans (NW) einstimmig die Ja-Parole zum von ihnen mit lancierten **Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft** heraus. Parteipräsidentin Ruth Genner (ZH) äusserte die Hoffnung, das erstmalige Bündnis mit dem schweizerischen Bauernverband bilde den Anfang einer erfolgreichen ökologischen Ausrichtung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Mit 82:7 Stimmen bei zehn Enthaltungen empfahlen die Grünen nach engagierter Diskussion die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen zur Ablehnung. In einer Resolution forderten sie Bundesrat und Parlament auf, die Lex Koller nicht aufzuheben, ohne Schutzmassnahmen zu ergreifen; die Möglichkeit für Personen mit Wohnsitz im Ausland, uneingeschränkt Grundstücke zu erwerben, werde zu einer starken Zunahme von Wochenendhäusern und Zweitwohnungen führen, was sich katastrophal auf die Landwirtschaft, die Umwelt und die Wirtschaft in den Tourismusregionen auswirke.

Weil ihnen die Grünen zu weit links stehen, zogen die aus der Zürcher GP ausgetretenen **Grün-Liberalen Zürich** (GLiZ) ihr Beitritts-gesuch bei der GP Schweiz zurück und beschlossen den Alleingang. Im Nationalrat hatte sich der Grünliberale Martin Bäumle (ZH) nach seinem Ausschluss aus der Grünen Fraktion um die Aufnahme in die EVP-EDU-Fraktion bemüht, welche jedoch nicht zustande gekommen war – im Gegensatz zum Zürcher Kantonsrat, wo die beiden GLiZ-Vertreter der EVP-Fraktion genehm sind.

Zu Beginn der Wintersession übernahm die Berner Nationalrätin **Therese Frösch** das **Fraktionspräsidium** der Grünen. Die 2003 ins Parlament gewählte frühere Stadtberner Gemeinderätin (Exekutive) löste die Luzerner Nationalrätin Cécile Bühlmann ab, welche die Bundeshausfraktion zwölf Jahre lang geleitet hatte und im Frühjahr 2006 auch aus dem Nationalrat ausscheiden wird. Neue Vizefraktionschefin wurde Anne-Catherine Menétrey-Savary (VD) an Stelle von Pia Hollenstein (SG). Das Nationalratspräsidium, das die Grünen nach bald zwanzigjähriger Präsenz in der Bundesversammlung anstrebten, wurde ihnen in der Wintersession verwehrt.

Ende Jahr ergriffen die Grünen das **Referendum gegen das neue Asyl- und das Ausländergesetz**; sie bezeichneten beide Vorlagen als fremdenfeindlich.

Obschon in den **kantonalen Parlamentswahlen** wegen der Verkleinerung der Legislativen Solothurns und Aargaus 104 Mandate weniger zu vergeben waren, konnten die Grünen ihre **Vertretung** von 26 auf 39 Sitze **ausbauen**: In Genf legten sie fünf Sitze zu, in Neuenburg und in Solothurn je drei, im Wallis zwei, und im Aargau konnten sie ihren Besitzstand wahren. Auch in den **Regierungsratswahlen** waren die Grünen erfolgreich: In Genf gelang es David Hiler (gp), auf Kosten der Liberalen Micheline Spoerri ein zweites Regierungsmandat zu erringen, und in Neuenburg eroberte Fernand Cuche (gp) den Platz des zurückgetretenen Liberalen Pierre Hirschy.